

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

139 (19.6.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83599](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83599)

# Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochenschrift, Dämmer Nachrichten), Zentrumorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.50 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.89 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufhebung, Verbot oder sonstiger Verhinderung haben die Verleger und Verleger keine Haftung, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint.

Nr. 139. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. Freitag, Donnerstag, 19. Juni 1919. Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Barmann, Achterstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

## 5. Der eucharistische Friedensfürst.

Wie mancher, der vor sieben Jahren die unvergleichlichen Eindrücke des Eucharistischen Kongresses hat, mag in den leidenschaftlichen, unruhigen Jahren, die seitdem dahingegangen sind, an jene unvergleichliche Sublimierung aller Wölker der Erde, wie sie großartig und felerlicher kaum je geklungen worden ist, vor dem König und Gott im Tabernakel zurückgedacht haben, zurückgedacht auch an jenen weislichen Augenblick, wo Vertreter fast aller Völker und Nationen der Erde sich ihrem eucharistischen König und Herrn angeloben, an jenem Abend einer der mächtigsten Kämpfe der Menschheit, wo ein beglückter Redner über den Frieden der Völker vor dem Tabernakel sprach. Will uns dieser lang erschwindende Festtag der katholischen Welt heute nicht wie ein letzter verwesener Aufbruch der Menschheit erscheinen, die von der Höhe ihrer Erfolge und Triumphe in den Abgrund zu stürzen sich ansetzt? Schon wenige Wochen nach jenem felerlichen Bekenntnis der katholischen Welt zu ihrem eucharistischen Heiland entbrannte auf dem Balkan der Krieg, der in unerlöschlicher Folge zu den erschütternden Katastrophen vor deren Schrecken und Leiden wir heute schauernd stehen. Wie ist die Menschheit und Völkerfische geblieben, die sich auf der Wiener eucharistischen Tagung die Katholiken der ganzen Welt zugesprochen hatten, wo auch nur der gute Wille zur Verständigung und Versöhnung, der unter Christen doch eine Selbstverständlichkeit sein sollte?

So manche schwere und herbe Enttäuschung hat dieser Krieg uns bereitet; bitterer Schmerz als die Erkenntnis, daß auch die weltumspannende Liebe der katholischen Christenheit zerbrach, und Scham brennt auf unseren Wangen bei dem Gedanken, daß häufig unsere katholischen Glaubensbrüder in Feindesland unsere geistlichen, eucharistischen Widersacher waren. Wahrlich, es war ein kleines Geschlecht von Christen, dem Gott die Prüfung dieses Weltkrieges gesandt hat und niemand von uns darf sagen, daß er frei sei von Schuld, niemand von uns soll darum auch einen Stein auf Glaubensbrüder in fremdem Land werfen. Wie Kinder und Jüngere haben wir vor den ewigen Wahrheiten und Forderungen unserer katholischen Glaubens und unserer Sittenlehre gestanden und wüßten und trauten uns nicht, sie kraftvoll im wilden Streif verdreher Meinungen zur Geltung zu bringen. In Erwigkeit soll eine schwere Anklage gegen das katholische Volk der ganzen heutigen Welt die Lasten sprechen, daß die mahnende, helfende, beschwörende Stimme des Oberhauptes unserer heiligen Kirche wie die Stimme eines Anstößenden in der Welt verhallt ist.

Und wir heute von unserem Wahn befreit? Erkennen es heute die Katholiken der Erde, daß sie verlag haben in diesem Weltunfall? Nicht der Katholizismus, nicht die Lehren und Gebote des Heils, die unsere heilige Kirche als Hüterin des Erbes Christi verhängt, haben ihre Unzulänglichkeit erwiesen — wir Katholiken, wo immer wir unsere Heimat haben, ob Steier oder Westfalen, wir haben versagt, wir haben nicht stand gehalten vor der schrankenlosen Wut der entsetzten Kriegshorden. Gott allein weiß und vor unserem eigenen Gewissen müssen wir mit uns selbst zu Gericht gehen, wie groß unsere Schuld ist. — vor der Geschichte stehen wir als schwächliche Verwalter eines großen Erbes, als kleine und schwachmüchtige Vertreter einer göttlichen Religion.

Uns hat das Unglück sehend gemacht. Heute wissen wir, daß unsere Schwäche, unsere unmaßvolle, unchristliche Nachgiebigkeit gegen so manche Maßlosigkeit, unsere kleinmütige, fast durfsame und darum wirkungslose Zustimmung zu den autoritativen Friedensabmachungen des Heiligen Vaters an unserem Unglück mitgewirkt haben, aber — Gott sei es geklagt — auf der anderen Seite fehlte noch mehr als bei uns der Wille, den Friedensworten des Statthalters Christi Gehör zu geben. Christi Weltkirche (sollen in der Tat eine „Religio depopulata“, ein entvölkertes, verwesenes Gotteshaus geworden zu sein, denn das Band lösten zerrissen, daß des Heilands Liebe um seine Fremde und Kinder geschlungen hat. Wird es jetzt, da die Waffen ruhen sollen, da die Menschheit sich nach der Beendigung des Krieges schenkt, sich wieder um die Kinder der katholischen Kirche kümmern? Wird der Geist der Liebe und Versöhnung wieder seine Wohnstatt finden in den Herzen aller katholischen Christen? Wird das Bewußtsein wieder wach werden und erklären, daß wir Menschen alle Brüder sind, durch Christi Wut erlöst und wahrlich teuer genug erkaufte? Wird in der katholischen Welt die Erkenntnis wiederkehren, daß wir Katholiken auf Gottes Erde eine heilige Mission, einen hohen Beruf

haben, die verpflichtende, große Aufgaben, das Salz der Erde, Soldaten des Heilands zu sein? In der Liebe, die sie zu einander besitzen, erkennen die alten Heiden die ersten Christen: „Seht, wie sie einander lieben!“ Verhänder und vor allem auch Träger der Menschheit und Völkerliebe zu sein, ist des Katholiken Aufgabe und Pflicht. Diese Liebe predigt uns mit ergreifender Eindringlichkeit und Herzlichkeit gerade der heutige Tag, der dem Gedächtnis der größten Liebestat geweiht ist, die je auf Erden geschah: der Einsetzung des heiligen Altarsakraments. Der Glaube an den eucharistischen Heiland ist das Merkmal, das uns katholische Christen kennzeichnet; seine Stärke und Innigkeit. Der Heiland im Heiligen Sakrament ist die Quelle unserer Kraft, unser Trost im Leid, unsere Hoffnung und unsere Liebe. Freies, jubelndes Bekenntnis zu ihm ist unserm Herzen Bedürfnis und unserer christlichen Bestimmung Pflicht. Wir stehen zu ihm in diesen bitteren Tagen um so freier und bekenntnisreifer, weil wir uns bewußt sind, daß wir ihm heute unsere Schwäche entspringene Intention abzugeben haben und weil wir das Gefühl haben, daß wir umso enger und fester an unserem König und Führer uns anschließen müssen, je kleiner und leiser sein Heerborn zu werden scheint.

Denn in ihm allein ist Rettung. Es gibt in der Tat nur einen Frieden — beim Heiland im Sakrament; nur einen Frieden — der Völker — vor dem Tabernakel im Leuchten des ewigen Lichts. Erst wenn die Völker von ihrer langen Wanderung nach Glück und Frieden ermüdet im Schatten des Heiligums niedersinken, wird wahrer Frieden ihr Anteil werden; dann erst wird Gottes Segen auf dem Gemeinwohlleben der großen Völkerfamilie immerdar ruhen, wenn in allen Ländern alle Völker in Ehrfurcht einstimmen in das hohe Lied des Heiligen Sakraments: Tantum ergo Sacramentum venereur cernui!

## Aus der feindlichen Antwortnote. Die Manifestnote.

Verfaßt, 17. Juni. Die Antwortnote der Entente besteht aus drei Teilen, aus einem gleichzeitigen Clemenceaus an den Präsidenten der Delegation, dann aus der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die Note der deutschen Delegation bezüglich der Friedensbedingungen, 66 Doppelseiten lang, hierzu einen Anhang mit Verfügungen über die besetzten Gebiete mit Karte. Von diesen beiden Schriftstücken wurden 200 Exemplare übermittle, dann ein Exemplar des Vertrages vom 7. Mai, in das mit roter Tinte handschriftlich die Änderungen eingetragen sind. Die zweite Note verfaßt unterzeichnet den Stil und die Leitartikel des Herrn Zardien. Sie ist überhaupt nicht in französischer Sprache abgefaßt, sondern stellt die Wünsche in deutscher Sprache dar, die wir in diesem ganzen Krieges erlebt haben.

Die Begleitnote beginnt mit der Mitteilung, Deutschland verkenne die Position, in der es sich heute befindet. Die deutsche Delegation (sollte zu denken, daß sie nur Opfer auf sich zu nehmen hat, um den Frieden zu erhalten, als ob es sich um den einfachen Abschluß eines verlorenen Kampfes um Gebiets- und Machtverhältnisse gehandelt hätte. Deshalb sehen sich die alliierten Mächte zu einigen prinzipiellen Bemerkungen veranlaßt:

Dieser Krieg sei das größte Verbrechen, das jemals bewußt von einem Volke begangen worden sei, das sich für zivilisiert ausbebe. Die deutschen Machthaber, getreu der preussischen Tradition, hätten ein verklartes Europa tyrannisieren wollen, wie sie ein verklartes Deutschland tyrannisiert haben. Sie hätten das lächerliche an den Krieg vorbereiten, der seit ausgerechnet der Clemenceaus gedacht hat, Jahrzehnten nur an Frieden geschrieben, das Deutschland sei das einzige Land gewesen, das willig für den Krieg vorbereitet war. Die Deutschen hätten gerufen mit der lächerlichen Behauptung, die Eiferjucht ihrer Nachbarn erfordere das. Sie hätten ihren dienenden Bundesgenossen veranlaßt, Serbien den Krieg zu erklären, weil sie gewußt hätten, daß dies den Weltkrieg zur Folge haben würde, und um auf jeden Fall den Abschluß des Krieges zu verhindern, hätten sie Verhandlungen und Konferenzen abgelehnt, hätten sie Belgien überfallen, es mit Erektion und Brandstiftung terrorisiert, sie hätten zuerst Giftgase und Luftbombardements, selbst auf Frauen und Kinder verübt.

Sie hätten Piraterie getrieben und mit wilder Brutalität gehandelt, Gefangene barbarisch mißhandelt und überhaupt ein Verbrechen an den Tag

gelegt, das in der ganzen Geschichte fast ohne Beispiel sei. Sie trügen die Verantwortung für 7 Millionen Tote und 20 Millionen Verwundete. Die Alliierten würden ihre Pflicht verlegen, wenn sie auf eine Sühne dieser Verbrechen verzichteten. Das ist ungefähr der Hauptinhalt des Schriftstückes. Dann beruft sich die Entente auf die Rede Wilson vom 8. April 1918 (Gewalt, Gewalt bis zum äußersten, Gewalt ohne Maß und Grenzen), auf die Rede Lloyd Georges vom 14. September 1917, auf die Rede Clemenceaus vom 17. September 1918 und auf die Rede Orlando vom 8. Oktober 1918, wonach die damalige Definition der sühnenden Gerechtigkeit für die Opfer der Alliierten dem Vertragsschluß zugrunde gelegt werden müsse.

Weiter müßten Deutschland eine Reihe von Jahren Beschränkungen auferlegt werden, um die nicht etwa lahmgelegt, sondern sogar erstarkte Wirtschaft einzuschränken. In diesem Zusammenhang verweist sich die Schrift zu dem geradezu lächerlichen Satz: Diese Sühne und Gerechtigkeit sei notwendig, gerade, damit man in einer nicht allzu fernem Zeit auf die Wiederherstellung aller Völker hoffen dürfe. Die Alliierten und Assoziierten anerkennen die Veränderungen, die durch die Revolution in Deutschland herbeigeführt worden sind, und sie beglückwünschen sich zu diesen Veränderungen, weil sie daraus die Hoffnung auf eine bessere Zukunft schöpfen. Das könne aber die Revolution nicht vermindern; denn die Revolution sei erst nach der Niederlage gekommen, und man dürfe ungewiss sein, ob das alte Regime zurückgekehrt, wenn es nur gestiftet hätte. Die Deutschen hätten dem alten Regime alle Kredite bewilligt, die grausamen Befehle der Regierung ausgeführt und tragen jetzt die Verantwortung für diese alte Regierung, weil sie sie nicht früher gestürzt hätten.

## Aus der Antwort auf die Gegenvorschläge.

TT. Berlin, 17. Juni. In der gestern überreichten Antwortnote der alliierten Mächte auf die Gegenvorschläge des Grafen Brockdorff heißt es:

Auf Grund der Behauptung, daß Oberschlesien von einer deutschen Mehrheit im Verhältnis von 2 zu 1 bewohnt ist und, falls diese deutsch zu bleiben wünscht, willigen die Mächte ein, daß die Frage durch eine Abstimmung der Bewohner selbst entschieden werde. Das für das Saargebiet

vorgesehene Regime muß 15 Jahre dauern. Dieses Arrangement wurde als notwendig erachtet, einmal als Bestandteil eines allgemein erwähnten Entschuldigungsplanes und dann als sofortige und für Frankreich als notwendig anerkannte Kompensation für die systematische Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich. Das Saargebiet bleibt nicht unter der französischen Herrschaft, sondern unter der Kontrolle des Völkerbundes. Diese Lösung hat den Vorteil, keinerlei Anmerken in sich zu schließen, nachdem Frankreich das Eigentumsrecht an den Gruben zuerkannt wird. Nach Verlauf von 15 Jahren wird die Bevölkerung volle Freiheit besitzen, zu entscheiden, ob sie die Vereinigung mit Deutschland, Vereinigung mit Frankreich oder Fortsetzung des im Vertrage vorgesehenen Regimes des Völkerbundes wünscht.

Die Gebiete, welche man von Deutschland an Dänemark und an Belgien zu übertragen beabsichtigt, werden nur als Ergebnis eines Abschlusses der Bewohner an diese Mächte übergeben, wobei Freiheit der Abstimmung gewährleistet wird. Die Entente macht die deutschen Kolonien

sich selbst dem Gedanken widersehen, unter deutsche Oberhoheit zurückzunehmen. Es ist daher den Alliierten unmöglich, Deutschland die Kolonien wieder zurückzugeben, noch ihm ein Mandat dafür anzuverleihen. Die Vorschläge der Alliierten betreffend das internationale Regime auf den Fäsen

sind konform den Grundfäden des Friedens, wie sie von Deutschland angenommen wurden. Es hat den Anschein, daß die deutsche Delegation den Sinn der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in erheblichem Maße mißverstanden hat. Es besteht bei den Alliierten in keiner Weise die

Absicht, Deutschland zu erdrosseln und ihm die Stellung zu nehmen, die ihm im internationalen Handel zukommt. Vorausgesetzt, daß es die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt und seine bisherigen Methoden des Angriffes verläßt, ist es die Absicht der Alliierten, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung beim Ankauf von Rohmaterial und dem Warenverkauf genießt.

## Der Vorschlag der Entente über die Wiedergutmachung

Schließt keineswegs eine Einmischung in das innere Leben Deutschlands ein, wie es die deutsche Delegation behauptet. Infolgedessen sind die alliierten Mächte nicht gewillt, sie abzuändern; aber mit der deutschen Delegation erkennen sie die Vorteile an, die aus einer möglichst schnellen Kenntnis des von Deutschland zu zahlenden Betrages erwachsen. Dieser Betrag kann nicht sofort festgesetzt werden, da die Höhe der Schäden und die Kosten der Wiederherstellung noch nicht festgesetzt werden können. Die Alliierten willigen ein, Deutschland eine Frist von vier Monaten für die Regelung der von ihm verschuldeten Taten zu machen. Bei dem augenblicklichen Zustande der internationalen Verhältnisse kann man von den kleinen Nationen der Welt nicht erwarten, daß sie unzerzogen der Zulassung Deutschlands zum

Völkerbund auf dem Fuße der Gleichheit mit den Assoziierten zustimmen. (1) Es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volkes selbst abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts näher zu bringen. Die Entente macht die Erklärung, daß die Blockade eine gesetzliche Kriegsmaßnahme ist.

Zum Schluß wird zum Ausdruck gebracht, daß die nunmehr übermittelten Bedingungen das letzte Wort der Alliierten sind, in denen sie nach Prüfung der deutschen Gegenvorschläge bedeutende tatsächliche Zugeständnisse machten, ohne sich von den Grundlinien des Vertrages zu entfernen. Der Vertrag muß in seinem Wortlaut angenommen oder verworfen werden. Im letzteren Falle gelte dieser gleichfalls als Kündigung des Waffenstillstandes, und die Verbündeten werden alle Maßnahmen ergreifen, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

## Sinn der deutschen Presse.

Berlin, 17. Juni. Zur Antwort der Alliierten sagt von den heute erschienenen ganz wenigen Blättern die „Germania“, die Abänderung des Vertrages stelle sich etwas günstiger dar, als die Meldungen von Spas erwarten ließen, aber sie blieben doch sehr weit hinter den Erwartungen zurück. In einer in ihrer Kürze fast unmöglichen Frist sollen die deutsche Nationalversammlung und die deutsche Regierung sich schlußfassen und zwar über Bedingungen von solcher Tragweite und von solcher Härte. Aber man wird in Weimar und in Berlin auch alle Möglichkeiten in Erwägung ziehen, die bei einer Vermeidung der Unterjochung eintreten würden. Noch immer gilt in solchen Fragen der Satz, daß zwischen zwei Uebeln das geringere zu wählen ist. Es ist in Betracht zu ziehen, daß die Zukunft ganz sicher nicht so aussehen wird, wie sie auf dem Pariser Papier steht.

WTB. Berlin, 17. Juni. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Antwort der Entente wird neue Klagen erregen. Das ganze Schriftstück atmet den Geist der Unversöhnlichkeit und des Hasses überheblicher Selbstgerechtigkeit. Alles, was die Deutschen taten, wird als verbrochen hingestellt, was auf der anderen Seite noch geschieht einschließlich der Hungerblockade, gilt als nicht gerechtfertigt. Kennzeichnend für den Geist der Antwortnote ist die Ablehnung des deutschen Wunsches auf sofortige Aufnahme in den Völkerbund. Zunächst ist nur die Volksabstimmung für Oberschlesien zugelassen. Was sonst an Veränderungen vorgeschlagen wurde, ist als Zugeständnis in keiner Weise anzupreisen. Wohl zum ersten Mal in der Geschichte ergibt sich, daß man ein Volk, mit dem man angehängt Frieden schließen will, in unerbreiter Weise beleidigt und beschimpft. Die Entente

Vermittelnden Fraktionen haben morgen eine Sitzung. Die Zusammenkunft der Nationalversammlung ist Donnerstag oder Freitag. In den nächsten Tagen vollzieht sich die größte Entscheidung der Weltgeschichte, die jedoch immer, wie sie auch fällt, keine endgültige sein wird. Möge das deutsche Volk sich stark genug erweisen, den Kampf selbst weiterzuführen, indem es unerfüllbaren, unannehmbaren, entehrenden Forderungen des Entente-Kapitalismus ein festes Nein entgegenstellt.

WTB. Frankfurt a. M., 17. Juni. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt zur Antwortnote der Alliierten: Das, was bisher veröffentlicht wurde, ist geelgnet, die Gefühle unseres Volkes bis zum Grund aufzuwühlen. Wir zweifeln nicht, daß sich heute eine Sturmflut von Empörung und Erbitterung über Deutschland ergießt. Die Abreise der deutschen Delegation gab dem französischen Pöbel Anlaß zu gemeinen Ausschreitungen, die zu den schändlichsten gehören, was die diplomatische Geschichte zu verzeichnen hat. So beginnt die Ära des Völkerbundes. Diese Ära der Erniedrigung und Unveröhnlichkeit konnten die Deutschen nicht erwarten, sonst wäre es besser gewesen, keine Reichsdeputierten nach Versailles zu entsenden. Wir kennen die Gefühle, die heute ganz Deutschland bewegen; wir teilen sie und empfinden die ganze grauenvolle Tragik des deutschen Schicksals. Was wir nunmehr auch tun, es wird furchtbarlich sein. Die Erwartung der Stunde ist unermeßlich. Deutschland ist aufgebracht, dem Feinde die Unterwerfung zum Vertragsantritt zu verweigern, wenn sie durch Unannehmlichkeiten erzwungen wird. Schicksal wie uns in das Unvermeidliche, hoffen wir auf bessere Zukunft, gute Taten dafür sind da, daß sie kommt, nicht im Sturzschritt neuer Nachtensamkeit, sondern durch den Willen der Völker.

WTB. Berlin, 18. Juni. (Draht.) Der überwiegende Teil der heute früh nach Beendigung des Wapdruckerstreiks erschienenen Blätter nimmt der Entente-Antwort gegenüber den Standpunkt ein, daß diejenigen, die bisher „Unannehmbar“ gefogt haben, es heute nur mit der gleichen Festigkeit sagen können.

**Ententevormarsch und Blockade drohen von neuem.**

TU. Haag, 17. Juni. Nach der Unites Press sind bereits alle Bestimmungen für die Wiedereinführung der Blockade getroffen. Die Alliierten sind völlig vorbereitet, Deutschland in kürzester Frist zu unterwerfen, wenn es nicht vor Sonnabend seine bestimmte Absicht bekannt gegeben hat, zu unterzeichnen. Der allgemeine Plan geht darauf hinaus, daß die englische Blockade von Norden her einsetzt wird, während die Alliierten aus dem Westen vordringen werden. Außerdem werden die Tschecho-Slowaken aus dem Süden, die Polen aus dem Osten vordringen. Als erstes Ziel wird genannt die Besetzung der Industriegebiete, als zweites die Spaltung Deutschlands in einen nördlichen und einen südlichen Teil und als drittes die völlige Vernichtung von allen Seiten.

WTB. Versailles, 16. Juni. (Draht.) Das Blatt „Gazette“ veröffentlicht heute einen für die Ächtung der französischen Arbeiterschaft kennzeichnenden Artikel, in dem das Blatt hervorhebt, daß die Durchführung der militärischen Maßnahmen im Falle der Nichtunterzeichnung des Vertrages durch Deutschland der Entente es nicht notwendig macht, ihre militärischen Schritte, aber welche sie versagen, zu erzwingen. Aus diesem Umstande werde die grundsätzliche Wiederaufnahme der Feindseligkeiten keinen Einfluß auf die innere Lage des Verbandes haben.

WTB. Versailles, 16. Juni. „Chicago Tribune“ berichtet, daß Marshall G. Ochs kurz nach seinem Eintreffen im internationalen Hauptquartier in Luxemburg von Clemenceau nach Paris zurückberufen wurde, um dort die Nachricht abzuwarten, ob die Deutschen unterzeichnen werden oder nicht. Wilson wird heute nach Paris verlassen, um Brüssel, Bpenn und Löwen zu besichtigen. Er wird am Freitag wieder in Paris sein.

**Unterzeichnung oder Ablehnung?**

In der Sitzung des Friedensauschusses, die am Dienstag in Berlin tagte, erhob Ministerpräsident Scheidemann den schärfsten Protest gegen die Bedingungen, die unserer Delegation zugesagt wurde. Zur Mantelnote erklärte er, daß sie ein abschließendes Urteil noch nicht zulasse. Die Begründung, die zur vorgesehene Regelung im Osten gegeben werde, lasse wenig Hoffnung aufkommen, daß wir in dem ausführlicheren Memorandum auf ein wesentlches Entgegenkommen rechnen können. Das gelte auch für die übrigen territorialen Fragen, bei denen eben wie bei den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen in der Mantelnote noch manche Punkte völlig unklar seien. Angesichts dieser Unklarheiten und angesichts der Tatsache, daß das gesamte Material zurzeit noch nicht vorliege, könne keine Entscheidung noch nicht getroffen werden. Nur der endgültige und vollständige Text der feindlichen Antwort könne die Grundlage für eine gemeinsame Beratung zwischen Reichsregierung und Friedensauschuß abgeben. Das deutsche Volk, die Nationalversammlung und die Reichsregierung seien vor die folgenschwere Entscheidung gestellt, und doch ist es nicht gleichgültig, wie der

Einzelne zu der Friedensfrage stehen möge, mit vollster Objektivität in diese Entscheidung heranzutreten. Niemand dürfe im Zweifel darüber sein, daß unser Volk den schwersten Zeiten entgegensteht. Präsident Fehrenbach schloß sich der Auffassung an, daß eine materielle Beratung erst möglich wäre, wenn das gesamte Material vorliege, und der Friedensauschuß erklärte sich damit einverstanden, daß die nächste Sitzung am Donnerstag abgehalten werden soll. Bis dahin will die Reichsregierung nach den Mitteilungen des Ministerpräsidenten Scheidemann die Möglichkeit gehabt haben, mit der heute nacht hier eingetroffenen deutschen Friedensdelegation endgültig Beschluß zu fassen. Die weitere Geschäftslage wird sich demnach ungefähr folgendermaßen gestalten: Am Mittwoch wird nur das Kabinett beraten, da den Fraktionen das Material erst im Laufe des Mittwochs nachmittags zugehen kann. Am Donnerstag morgen werden die Fraktionen Sitzungen abhalten. Am Freitag wird höchstwahrscheinlich in den Fraktionen auf Grund der Besprechungen des Friedensauschusses die endgültige Stellungnahme der einzelnen Abgeordneten erfolgen und am Sonnabend wird sodann die Plenarsitzung stattfinden.

WTB. Berlin, 18. Juni. (Draht.) Aus Weimar wollen verschiedene Blätter erfahren haben, man gebe sich in Kreisen der Reichsregierung der Hoffnung hin, daß es gelingen würde, wenn die Notwendigkeit es erfordere, die bis Montag abend 7 Uhr ablaufende Frist für die Unterzeichnung der deutschen Antwort nach zu verlängern. Weimar, 17. Juni. Heute vormittag waren die Abgeordneten der bedrohten Distriktgruppen zu einer Sonderbesprechung zusammengetreten. Hier sowohl wie in einer Reihe von Zuschriften an den Friedensauschuß aus dem Osten, kam erneut der unbeugsame Wille der Diktator zum Ausdruck, sich dem Spruch der Friedenskonferenz unter keinen Umständen zu beugen, bis nicht unsere Gegenwortsätze vom 29. Mai erfüllt seien.

Köln, 17. Juni. Der Sonderberichterstatter der sozialdemokratischen „Reinischen Zeitung“ in Weimar, Redakteur Bollmann, droht seinem Blatte, trotzdem die Abgeordneten die Antwort der Entente im Wortlaut noch nicht kennen, wäre bekannt geworden, daß man auf etwas mehr Entgegenkommen rechnen könne, als es im ersten Augenblick vorhanden zu sein scheint. Trotzdem blieben die Friedensbedingungen unerfüllbar (!) schwer und sie würden in allen Fraktionen als maßlos und als Bergewaltigung empfunden. Endgültige Beschlüsse seien noch nicht gefaßt worden, man dürfe aber sagen, daß bei allen Fraktionen, die Deutsch-Nationalen vielleicht ausgeschlossen, die Stimmen für die Unterzeichnung vielerlei geworden seien. Auch in der sozialdemokratischen Fraktion bemühe sich eine richtige Gruppe von Genossen, die Mehrheit der Fraktion für Unterzeichnung mit entsprechender scharf formulierter Erklärung zu gewinnen.

WTB. Amsterdam, 17. Juni. (Draht.) Allgemeines Handelsblad meldet aus Paris vom 16. Juni, daß die begründende Note der Antwort der Alliierten vom Sekretär Lloyd Georges, Philipp Kerr abgefaßt wurde. Dies sei ein Beweis, daß der Alliiertenblock geschlossen ließe, und England keineswegs getrennt sei, andere Zugeständnisse zu machen, als die vom Brierart gebilligten. Man hält es nicht für unmöglich, daß im Falle der Verweigerung der Unterzeichnung Erzberger versuchen werde, Verhandlungen mit England anzuknüpfen, um bessere Bedingungen für Deutschland zu erhalten.

Deutscherseits ist niemals angenommen worden, daß England aus der Entente auscheiden werde, vielmehr ist man immer der festen Überzeugung gewesen, daß Englands Imperialismus sich zum Ziel gesetzt hat, möglichst viele Ertragsquellen des Krieges für sich zu sichern. Die Schrift.

TU. Rotterdam, 17. Juni. Aus Paris wird gemeldet, daß Graf Ranau angeblich nicht nach Versailles zurückkehren werde. Man glaube dort, daß er direkt durch einen anderen Delegierten ersetzt werde. Man nennt wieder einmal Erzberger als Ranau's Nachfolger.

Berlin, 18. Juni. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Antwort liegt hier noch nicht vor. Wenn sie nicht mehr enthält, als die Mantelnote erwarten läßt, kann man es als sicher bezeichnen, daß die Regierung und die Friedensdelegation in ihrer feigen Zusammenziehung den Vertrag nicht unterzeichnen werden. Würde sich wider alle Erwartungen ergeben, daß in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Unterzeichnung vorhanden ist, so müßte innerhalb der kurzen Frist, die zur Verfügung steht, eine neue Regierung gewählt werden, die die neuen Friedensdelegierten zu ernennen und mit der Unterzeichnung des Vertrages zu beauftragen hätte. Schließlich rechnet der Vorwärts mit einer allgemeinen Volksabstimmung.

**Die Zwischenfälle in Versailles. — Clemenceau einflußvollig sich.**

WTB. Versailles, 17. Juni. (Draht.) Zu den Zwischenfällen am gestrigen Abend berichten die Blätter noch folgendes: Mauerankersche, durch welche gewisse angeblich patriotische Verbände und Vereine die Mauer von Paris beschnitten, haben nicht wenig dazu beigetragen, die bestige Stimmung zu schaffen. Als Graf Brockdorff-Ranau gestern abend Versailles verließ, empfing ihn Schreien und Pfeifen und die Polizei mußte einschreiten, um die deutsche Delegation gegen den Berliner Pöbel zu schützen.

WTB. Berlin 18. Juni. (Draht.) Verschiedenen Blättern wird aus Versailles berichtet, daß bei den Delegierten eine Note Clemenceaus eintraf, worin das Bedauern über die Ausschreitungen des Volkes ausgesprochen wurde. Der Präsekt des Seinedepartements sei beauftragt, mündlich Entscheidung beim Geländigen Janiel anzubringen. Der Präsekt und der betreffende Polizeikommissar werden von ihrem Posten aberufen werden.

**Noch nicht genug!**

TU. Genf, 17. Juni. Der „Matin“ bezeichnet die Zugeständnisse der Entente geradezu als eine Kapitulation Frankreichs. Es wäre eine Lorzeit von Deutschland, wenn es unter den neuen Umständen nicht unterschreiben würde. Ebenso wie man die polnischen Interessen gepflegt habe, werde man — wie Deutschland mit Recht hoffen dürfe — auch in französischen Handel und in der Industrie nach der Unterzeichnung des Friedens stark enttäuscht bleiben.

**Enttäufung in der Schweiz.**

WTB. Paris, 17. Juni. Die Alliierten Bedingungen, die infolge der mangelhaften Berichterstattung der havasagentur nur in auseinandergerissenen Stücken bekannt wurden, haben nach einer Genfer Meldung des Berner Tagblattes in der Schweiz sehr große Enttäufung hervorgerufen. Die französische Valuta ist infolge der Erregung an der Börse um drei Prozent gefallen, die deutsche gleich geblieben, da man überzeugt ist, daß Deutschland einen solchen Frieden nicht unterzeichnen werde. Die Genfer Feuille stellt zum Schluß fest, daß die neuen Bedingungen nicht besser seien als die alten. Ein Plebiszit n Oberziehen nach der polnischen Belegung würde gar nichts besagen. Am größten ist die Enttäufung über das Ausbleiben einer allgemeinen Erklärung, wemngleich man in dieser Beziehung einen radikalen Eingriff des amerikanischen Parlaments erwartet. Das Berner Tagblatt schreibt: Clemenceau stellt in seinem vorwöchentlichem Hof das deutsche Volk so dar, als wäre es eine Bande von Räubern und Mördern. Auch dieses Schriftstück kann kein Deutscher anders auflassen, als daß es zerrisse und dem Aussteller zurücksende. Wilson hat wahrscheinlich aus diesem Grunde das Schreiben auch nicht unterzeichnet. Der Brief ist ein rein französisches Produkt, ein Hindurch in Hof und Unveröhnlichkeit gebilligt habe. Nach dieser Tat eines alten haßerfüllten Mannes ist wenig Hoffnung mehr vorhanden, daß der Friede unterzeichnet werde. Clemenceau habe mit dieser scheidlichen Epistel den Frieden verhindern wollen, und es frage sich nur, ob seine Genossen die Absicht, mit einem Federstrich alle ihre Friedensbemühungen verhindert zu haben, ruhig hinnerneben werden.

**Sonstige Nachrichten.**

WTB. Haag, 17. Juni. Laut R. A. C. wird die Ableitung Haag der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei am Donnerstag abend eine Protestkundgebung gegen einen Gewaltschrei der Entente abhalten.

TU. Haag, 17. Juni. Die Neue Korrespondenz ist von autoritativer Seite ermächtigt, mitzuteilen, daß die von der Agentur Europa Presse gebrachte Nachricht, wonach der Rücktritt des Kabinetts Clemenceau bevorstehe und Briand alle Vorbereitungen für die Neubildung des Kabinetts getroffen habe, jeder Begründung entbehre.

TU. Amsterdam, 17. Juni. Dem Telegraf wird untern 15. d. Mts. aus Paris gemeldet, daß nach dem „Temps“ nunmehr sämtliche neutralen Staaten einschließlich Holland an einem neuen Blockadestrieg gegen Deutschland im Fall, daß dieses den Friedensvertrag nicht unterzeichnet, nicht teilnehmen.

Genf, 17. Juni. Im Heeresauschuß der französischen Kammer für Auswärtiges wurde bereits am Montag vormittag in vertraulicher Aussprache vom Bischof die Antwort der Alliierten an Deutschland mitgeteilt. Gegen die Ausstellungen des Ministers erhoben sich keine Einwendungen, auch nicht von sozialistischer Seite.

Bern, 17. Juni. Das der Ententeantwort beigelegte Memorandum, das sich mit den deutschen Gegenvorschlägen beschäftigt, enthält eine Stelle, die besagt, daß die Aburteilung des Kaisers Sache der hohen internationalen Politik sei. Die Alliierten wollten, daß dem Angeklagten alle Rechte auf Verteidigung offen blieben. Es solle dafür gefogt werden, daß das Verfaßen einen feierlichen Charakter trage.

**Rußland.**

**Troßti über die militärische Lage der Sowjet-Republik.**

WTB. Rotterdam, 17. Juni. (Draht.) Dem R. A. C. zufolge meldet Daily Mail aus Petersburg, daß Troßti auf der Versammlung der Zentral-Sowjets in Moskau eine Rede hielt, in der er sagte, daß die militärische Lage für die Bolschewisten schlechter sei als je und zwar nicht nur wegen der Bedrohung Petersburgs, sondern auch wegen der Niederlage des Heeres in Südrussland.

**Amerika.**

Amerikanisch-japanische Spannung. Remont, 17. Juni. Zwischen Amerika und Japan ist eine neue Spannung eingetreten. Der

japanische Botschafter in Washington ist zurückgekehrt. Der Grund ist, daß er die amerikanische Regierung nicht davon abhalten vermochte, in der ostasiatischen Friedensfrage China Unterstützung zu gewähren.

**Stalien.**

**Kabinettsliste.**

Lugano, 17. Juni. Dem „Secolo“ zufolge haben in der letzten Sitzung des Kabinetts sämtliche Minister über die Vorlesung zur Verfügung gestellt. Der König sprach den Wunsch aus, das Kabinett möge, bevor es bedeutsame Entschlüsse faßt, die Meinung der Kammer einholen. Die Regierung wird nun vorerst im Amie verbleiben und sich nur durch einen neuen Verpflegungsminister ergänzen. Das Schicksal des Kabinetts selbst wird dann erst durch die bevorstehende Parlamentssession entschieden.

**Verchiedene Nachrichten.**

**Lugemburger Anzeigungsgefäße.**

Die Nationalistische Partei, Organ von der Legebürger Nationalunion, verlangt in einem Artikel Ridder mit 1815 die Einverleibung der durch den Wiener Kongreß an Preußen abgetretenen Kantone Schöden, Kronenburg, St. Vith, Sibirg, Argelsh, Stenenburg und Uindelorf. Das Blatt plädiert dafür, daß den Einwohnern dieser Gegenden das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt werde und rechnet mit einer Entscheidung in seinem Sinne. Die Schrift wurde in der Kammer und anderen der Örtliche abgelegenen Orten vertriebt, fand aber keine Gegenliebe. Ernsthafte Lugemburger verurteilen natürlich den Antrag.

Frankfurt a. M., 17. Juni. Auf dem Bahnhofsplatz vor dem Hotel Carlton, wo die französischen Offiziere einquartiert sind, kam es zu großen Zusammenstößen. Die Ursache war, daß ein französischer Offizier sich von einem Manne fixiert glaubte und dessen Berührung durchschlug. Nun sammelte sich eine große Menschenmenge an, und es kam zu einem Zusammenstoß und auch zu Schlägereien, in deren Verlauf eine Person tödlich verwundet und eine Anzahl schwerer oder leichter verletzt wurden. Der Polizeipräsident erläßt eine Mahnung an das Publikum, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinziehen zu lassen. Ihm sei mitgeteilt worden, daß, wenn die französischen Offiziere irgendwie gefährdet seien, die aufgestellten französischen Gefüge auf Frankfurt am Main das Feuer eröffnen würden.

**Erkenntnisse in Holland.**

In einem Artikel des „Allgemeinen Handelsblad“ (lib.) steht man u. a.: „Wir liberalen müssen uns daran gewöhnen, daß nicht mehr wir die Leitung der holländischen Politik haben. Wir haben zehn Jahre lang veräuert, uns rechtzeitig der Leitung des Fortschritts zu verschließen, indem wir durch eine eigene soziale Politik die Arbeiter an uns heranzogen.“ Wir haben aber entweder still gelassen oder sind den Sozialdemokraten mehr oder weniger gefogt.“ Als Resultat dieser Politik bezeichnet der Artikelsschreiber die Tatsache, daß jetzt die Katholiken und die Sozialdemokraten die Großmacht der neuen Zukunft seien. Mit der liberalen Leitung sei es für absehbare Zeit getan. Es frage sich nun, wie sich der Liberalismus zum Mitwirken bei einer katholischen oder sozialdemokratischen Regierungselbstung stellen solle. Der Artikelsschreiber beantwortet diese Frage unter Hinweis auf das im April d. J. veröffentlichte sozialpolitische Doppel-Manifest, das die katholischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen veröffentlicht haben. Er kommt zu dem Schluß: „Wenn wir wählen müssen zwischen dem Weg der „Sozialisierung“, den die rote Internationale weist und dem Weg der Mitbestimmung der Arbeiter über die Betriebsleitung, auf dem uns die schwarze Internationale die ersten Schritte tun lassen will, so wählen wir den letzteren. Zum ersten, weil dies der Weg der Reform nicht von außen, sondern von innen heraus ist. Aus dem und durch den freien Betrieb. Zum zweiten, weil dies nicht ein Weg des sozialen Kampfes, sondern der sozialen Zusammenarbeit ist. Zum dritten, weil hier die Gesellschaft zur Reform veranlaßt wird hinsichtlich einer von der Arbeiterklasse sicher stark empfundenen Notwendigkeit: etwas zu sagen zu haben über die Produktion.“ Außerdem ist bei dem katholischen Manifest gezielte eine aus schließlich reorganisation; die Gesellschaft findet an ihm einen Leitfaden, ohne daß ihr ein theoretisch festgelegtes Endziel aufgezwungen wird. Da in dem Manifest ausdrücklich die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit nichtkatholischen Organisationen offengehalten wird, können alle, die nicht auf die Theorie des Klassenkampfes sich festgelegt haben, sich miteinander auf diesen Weg begeben.“

Diese Auslassung spricht für sich. Wie muß der Liberalismus abgewirrt haben, wenn in einem führenden Blatte solche Stimmen laut werden können. Hat man nicht früher stets die „Schwarze Internationale“ mehr bekämpft als die „rote Internationale“? Jetzt ist der Tag der Gerichts angetreten. Wenn in den Köpfen der führenden Geister im Kampfe gegen Rom die Erkenntnis aufsteigt, daß man allem Rechtlich nur zu Unrecht getan habe, so kommt die Einsicht nun zu sprechen.

Es sollte man nicht auch in deutschen Landen allgemach zu einer freundlicheren Auffassung des sozialistischen Katholizismus gelangen können? Die Bedürfnisse sind wahrlich darnach angetan. Die deutschen Katholiken überleben werden die christlich gebotene Friedenshand nicht abweisen und werden in jedem Weitzreit mit anderen gern arbeiten am Wiederaufbau unseres schwergeprüften Vaterlandes. Möge bei uns die Erkenntnis recht bald formen, ehe es so spät, daß der Schaden kaum mehr zu heilen sein mag.

Deutsches Reich.

Aufnahme von Mädchen in höhere Knaben- schulen.

Nach einem Bericht des Kultusministers hat die Schölerverwaltung an den Orten, wo keine höhere Lehranstalt für Mädchen vorhanden sind, die Aufnahme in höhere Knabenschulen gestattet. Die Mädchen müssen aber da, wo höhere Mädchenschulen oder Lyzeen vorhanden sind, erst diese besuchen, ehe sie in eine entsprechende Knabenschule eintreten. Wie keine höhere Lehranstalt für Mädchen vorhanden sind, dürfen diese in die Klasse der höheren Knabenschulen aufgenommen werden. Auch die Handels- und Gewerbeschulen lassen Mädchen mit entsprechender Vorbildung zu.

Fotenerbrennen wichtiger als Wohnungen für die Lebenden?

In der Woll. Ztg. wird über die planlose Verwendung der Knappen Aufstoffe geklagt. Die dazu führen werde, daß statt einer, wenn auch kleineren, Zahl fertiger Häuser eine Menge unfertiger Baufen in den Winter hinein kommen werde. Dabei erfährt man nebenbei, daß in Berlin ein Krematorium gebaut wird, obwohl Wohnhäuser sogleich fertig bringbar sind, und obwohl der demnächstige Grund der Genehmigung - Beschäftigung von Arbeitslosen - mindestens mit dem gleichen Rechte doch auch wohl für Wohnbauten gilt. Während diese aber nicht bloß Arbeitern Brot geben, sondern auch Wohnung, also die brennende Wohnungsnot zu lindern vermögen, ist für den Bau eines Krematoriums sogleich kein besonderer Dringlichkeitsgrund anzuhängen. Ob es denn in den Berliner Kreislern niemand, der darauf aufmerksam macht, daß mit Geld und Baustoffe heute wohlrich nicht so reichlich zur Verfügung haben, um schrankenlos gewissen "kulturellen" Liebhabereien fröhnen zu können?

Vorschläge an Beamte und fähige Arbeiter für Winterverträge.

In einem neuen Regierungserlass wird, nach den Pol. Anz., mitgeteilt, daß den Beamten und fähigen Arbeitern zur Beschaffung von Winterverträgen an Heizstoffen, Karosfeln, Gemüse und Obst an f n t r a anmerksliche Gebalts- oder Lohnzuschüsse gewährt werden. Die Vorschläge sind besonders daraufhin zu prüfen, ob die Beamten (Arbeiter), die von der Vergünstigung Gebrauch machen, die Kenntnis und die Möglichkeit besitzen, für eine ordnungsmäßige Lagerung und Verabreichung größerer Karosfelveorräte usw. zu sorgen, da durch ein Verdrängen der Karosfeln nicht nur der betreffende Beamte (Arbeiter) leidet, sondern auch die Allgemeinheit stark gefährdet werden könnte. Die Vorschläge dürfen ferner nur gegen Vorlegung der Rechnung über angelegte Winterverträge und nicht über die Höhe des Rechnungsbetrages hinaus gewährt werden, auch dürfen sie einen Monatsbetrag des Gehalts (Lohnes) nicht übersteigen. Bei den ständigen Arbeitern, die ihr Gehalt in vierwöchentlichen Zeitstrichen empfangen, dürfen sie außerdem nur zwei Drittel des für diese Beschäftigten rechnungsmäßig nachzustellenden Aufwandes betragen. Die Vorschläge sind nicht zur Beschaffung des augenblicklichen Bedarfs bestimmt. Die Rückzahlung ist den wirtschaftlichen Verhältnissen usw. anzupassen und so anzulegen, daß der Voranschlag bis zum Ablauf des Jahres abgeklärt wird, für den die Vorräte beschafft sind.

Herr Ebert über die Sozialisierung.

Reichspräsident Ebert hatte dieser Tage eine Unterredung mit einem Vertreter des Christlichen Rates Nordt. Intelligenzblätter. Das Blatt gibt das Gespräch wie folgt wieder:

Frage 1: Wie denkt das deutsche Volk über die Lebensbedingungen?

Antwort: Die überaus große Mehrheit des deutschen Volkes sieht hinter der Nationalversammlung, der Reichsregierung und den Regierungen der Gliedstaaten, die übernehmenden die Verfallener Bedingungen für unannehmbar erklärt haben. In Zusammenhang von Rundgebungen kommt dies tagtäglich zum Ausdruck.

Frage 2: Wie denkt der Herr Präsident über die Sozialisierung?

Antwort: Die Sozialisierung der dazu geeigneten Industriezweige ist in die Wege geleitet. Grundsätzlich hat die Nationalversammlung dem zugestimmt. Die Regierung arbeitet mit Nachdruck am Abschluß der Vorbereitung. Ohne gute Vorbereitung ist ein Erfolg nicht denkbar.

Frage 3: Wie ist es (Ebert) mit dem bisherigen Ergebnis der Sozialisierung zufrieden?

Antwort: Da wir über das Stadium der Vorbereitung noch nicht hinausgekommen sind, kann ich über den Erfolg der Sozialisierung noch nichts sagen. Sehr hängt die Durchführung und der Erfolg ganz von den Bedingungen des Friedensvertrages ab.

Frage 4: Glaubt er, daß die Arbeiterklasse in der Sozialisierung besser gestellt sein wird als zuvor?

Antwort: Die Frage der Sozialisierung ist eine Frage der Organisation der Produktion. Die Arbeiter werden nicht nur durch die Arbeiter, sondern durch die Produktion selbst besser gestellt werden. Die Produktion selbst ist die Grundlage der Kapitalistenregime. Würde infolge unangemessener Organisation der Produktion der Ertrag zurückgehen, lagen wir einmal in Höhe des Ertrages eine Besserstellung der Arbeiter nicht möglich sein. Wie der Ertrag aber noch mehr zurückgeht, der Kapitalistenreicher aber als bisher, so würde es dem Arbeiter schlechter gehen als bisher. Die Sozialisierung ist die Grundlage der Organisation der Produktion. In demselben Maße, in dem die Produktion zurückgeht, so werden auch die Kapitalisten schlechter gestellt.

...ome freundige und vertrauensvolle Arbeit aller im Betriebe erforderlichen Kräfte. Zu diesem Ziel führen nicht territoriale Gewaltakte. Das Ziel ist nur auf dem Wege der Demokratie zu erreichen. Ohne Demokratie kein Sozialismus.

Oldenburg.

Zur Neubildung der Regierung.

Nachdem in der Dienstagssitzung der Landesversammlung die neue Verfassung einstimmig angenommen worden ist, wird auf dieser neuen Grundlage vorwiegend am Sonnabend die neue Regierung gebildet werden. Es ist zu erwarten, daß auch hier, wie überall im Reiche, wo es möglich war, die Regierung von den drei Mehrheitsparteien, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum gebildet wird. Dem Vernehmen nach wird sich die Regierung, soweit sie aus Parlamentarier gebildet wird, wie folgt zusammensetzen: Tangen-Steering (Demokrat) Ministerpräsident, ferner Dr. Driber (Zentrum) und Meyer (Rechtsbesitz.). Ueber die Verteilung der Ressorts verläuft noch nichts endgültiges, doch erwartet man die Befegung des Ministeriums des Innern durch die Demokraten, des Finanzministeriums durch das Zentrum und der Eisenbahnen durch die Sozialdemokraten. Die noch weiter vorhandenen Ressorts werden jedenfalls auf Zentrum und Sozialdemokraten verteilt werden mit Ausnahme des Ministeriums für Kirchen und Schulen, für das ein Fachminister in Aussicht genommen zu sein scheint. Da nach der Verfassung die Minister, soweit sie Abgeordnete sind, aus dem Landtage ansitzend sein müssen, so treten infolgedessen neue Abgeordnete in den Landtag ein. Nach dem Wahlvorschlagn vom Februar haben die nächste Anwartschaft zum Zentrum: Leffers-Deimelhorst, von den Demokraten: Raach-Rohde und von den Sozialdemokraten: Denker-Ganderkefe.

Zum Ausbau der Landwirtschaftskammer.

Nach dem Gesetz vom 25. Jan. 1900 besitzen das Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer in der Regel alle selbständigen, selbstwirtschaftenden Eigentümer, Pächter oder Pächter eines Grundbesitzes, der mindestens 50 Mk. Grundsteuerertrag einschließt, ferner bei geringer Einschätzung mindestens 8 Hektar land- oder forstwirtschaftlich genutzten kultivierten Bodens besitzt.

Kleinere Landwirten und Glasgenutznehmern und den Arbeitnehmern ist es also nach den bisherigen Bestimmungen unmöglich, für die Vertretung ihrer Interessen sich und Stimme in der Kammer zu erlangen. Deshalb kann die Landwirtschaftskammer in ihrer heutigen Form nicht als die korporative Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes angesehen werden. Das erkennen auch wohl die meisten Landwirte an und sie halten deshalb eine Reorganisation als unumgänglich an. In nächster Zeit wird der Begriff des land- und forstwirtschaftlichen Berufsstandes derart weitgehend festgelegt werden müssen, daß in ihm alle Personen aufgenommen werden, die durch gewerbmäßige Betätigung in irgend einem Zweige der Land- und Forstwirtschaft oder ihrer Nebenbetriebe ein Einkommen erzielen, das in der Hauptsache zur Befriedigung des Lebensunterhalts für sie und die Familienangehörigen genügt. Wie dieser Grundlag durchzuführen wäre, darauf soll hier nicht näher eingegangen werden, das Ziel muß sein, ein richtiges Bild in der Zusammenfassung der Landwirtschaftskammer zu erreichen. In der 37. Gesamtsitzung der Landwirtschaftskammer am 23. April 1919 wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Landwirtschaftskammer hält es bei den grundlegenden Veränderungen auf dem ländlichen Arbeitsmarkte für dringend notwendig, dem Wunsche der Landarbeiter nach einer Vertretung in den für die Landwirtschaft maßgebenden gesellschaftlichen Körperschaften zu entsprechen. Einen gangbaren Weg dazu erblickt sie in der Vertretung der Landarbeiter und kleineren Landwirte mit einer Betriebsfläche von unter 5 Hektar in der Landwirtschaftskammer in einer besonderen Abteilung mit eigenem Abteilungs Vorstand und eigenem Geschäftsführer. Ferner soll die Gesamtsitzung die Verringerung der gesellschaftlichen Bestimmungen über das Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer für erforderlich, dahingehend, daß das Wahlrecht bis auf die Betriebe von über 5 Hektar an aufwärts ausgedehnt wird.

Demischtes.

Bremerhaven, 18. Juni. Heute früh ist der unter englischer Flagge fahrende Bremer Hanf dampfer 'Selsa' hier angekommen. Der Dampfer kommt von Philadelphia und hat 28915 Sack Weizenmehl, ferner geladenen Speck, 1057 Kisten Schmalz und 61 Tereos Schmalz geladen. Ferner ist hier der ländliche Dampfer 'Bookolo' angekommen, der, von Boston in England kommend, im Auftrage des Reichsernährungsamts in Berlin 800 Tonnen Kartoffeln gebracht hat.

Hetrich Stolle in Holzhausen, Landgemeinde Wildeshausen, eine tragende Kuh von der Melde an der Gaussee Wildeshausen-Wiesel, gestohlen worden. Die Kuh, von schwarzbunter Farbe, war 6 Jahre alt, hatte kleinen Stern, rechter Vorderfuß bis über dem Knie schwarz, Bedenbinde, linke Hungergrube schwarzer Fleck, rechte Ohrmarke Nr. 12067. Auf die Ermittlung der Täter und die Wiederbeschaffung der Kuh hat der Beschädigte 100 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 19. Juni.

5. Auf dem vorgestrigen Spieltag des Oldenburg Turngaues siegte die Aufjaderer Mannschaft über Oldenburg mit 2:0. Im Stafelstau legten 1. Oldenburg Turnerbund mit 78 1/2, 2. Turnverein 'Borwärts' Rühringen mit 79 1/2, 3. Wildeshausen und Nordenham mit 84, 4. 'Borwärts' Rühringen 2 und 'Einigkeit' Wildeshausen mit 95 1/2. Bei den Frauen siegten: Oldenburg Turnerbund 1 mit 97 1/2, 2. Oldenburg Turnerbund 2 mit 101, 3. Oldenburg mit 102 1/2, 4. Barel mit 102 1/2, 5. Barel mit 102 1/2, 6. Saarenim-Oldenburg und 'Einigkeit' Wildeshausen mit 104.

(-) Die obang. Landesynode trat hier gestern vorm. zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um ein Wahlgesetz für die Landeskirchenversammlung zu beschließen. - Zum Präsidenten der Synode wurde Geh. Oberfinanzrat Gramberg, zum zweiten Vorsitzenden Geh. Kirchenrat Wilschberger, Zwilfenau, zu Schriftführern wie bisher die Abgeordneten Siemer und Boog gewählt. - Verteilt wurden noch: Vorlage 2 betr. Steuerergänzungen für Kirchenbeamte. Vom 1. April 1919 an erhöhen sich die Zulagen für die Kirchenbeamten in Rühringen und Wangerode auf 1920 Mk. und 480 Mk. pro Jahr für jedes Kind, für die übrigen Kirchenbeamten beträgt der Grundbetrag 1560 Mk. u. 380 Mk. für jedes Kind. Auch für Kirchenbeamte, die in den Ruhestand versetzt sind, erhöhen sich die Zulagen.

Deimelhorst, 19. Juni.

Die Steuerrolle der Stadtgemeinde Deimelhorst liegt bis zum 30. d. Mts. einschließlich im Rathaus, Zimmer Nr. 12 und 13 zur Einsicht der beteiligten Steuerpflichtigen aus.

Uah und Fern.

Hens, 16. Juni. Die Provinzial-Feistelle teilt mit: Dem Hofbesitzer Burkhardt, Georgenhof, Kreis Oldenburg, wurden 8 Milchkühe, den Landwirten C. und D. Osterling, M. Queren, J. Queren, Rauberg, Jürgen Verkeren, Voderup, je 2 Milchkühe wegen ungenügender Ablieferung von Vollmilch enteignet.

Wildeshausen, 17. Juni. Heute konnte die Stadt Wildeshausen die Erinnerung an den Tag begehen, an dem vor 50 Jahren die Eröffnung des Kriegshafens und die Grundsteinlegung zur ersten Kirche erfolgte. Die Stadt hat mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit auf die Veranstaltung einer besonderen Feier verzichtet und wird nur in der Kunsthalle eine Ausstellung von Bildern und Photographien veranstalten, welche auf die Bedeutung des Tages Bezug nehmen.

Neueste Nachrichten.

Ein Putsch in Weimar vereitelt.

11. Weimar, 18. Juni. (Draht.) In der Nacht vor der Ankunft der Delegation ist es zu einem Putschversuch gekommen. Während das Militär auf dem Bahnhof von Weimar verladen wurde, um nach Erfurt zu gehen und dort für Ordnung zu sorgen, wurde die Wache des Unterludungsgefängnisses überumpelt und die Gefangenen verschafften sich den Weg ins Freie. Sie wurden bewaffnet und zogen in Stärke von etwa 60 Mann in der Nacht gegen 2 Uhr das Schloß, wo die Regierung ihren Wohnsitz hat. Dort wurde die Wache der Regierungstruppen überwältigt, die ohne Widerstand ihre Waffen ablegte. Die in der Nähe des Schlosses liegende Kaserne wurde von den Aufständigen unter Feuer genommen, womit erreicht wurde, daß auch diesen Truppen jede Luft, die Regierung zu schätzen, genommen war. Die Lage war im höchsten Maße kritisch. Im Moment der höchsten Gefahr wurde den Truppen des Generals Maerker, die im Begriff waren, nach Erfurt abzureisen, Kenntnis von dem Vorgehen gegeben. In wenigen Minuten kamen sie zum Einmarsch in die Stadt, befehligten Post- und Telegraphenamt und bemächtigten sich auch des Schlosses, dessen Haupteingang ein beetzter Posten geschlossen hatte, jedoch die Aufständigen, nach denen man jetzt auf der Suche ist, nicht in das Schloß eindringen konnten.

Die deutsche Friedensdelegation für Nichtunterzeichnung.

11. Weimar, 18. Juni. (Draht.) Die deutsche Friedensdelegation mit dem Grafen Brodtkorf-Ranau an der Spitze ist heute Morgen kurz vor 6 Uhr in Weimar eingetroffen. Ueber die Stimmung der deutschen Delegation kann nach Unterhaltung mit führenden Mitgliedern mitgeteilt werden, daß sie die Jugendsinnlichkeit für geringfügig halten, daß die Verantwortung für die Unterzeichnung nicht übernommen werden kann. Die Delegation hat auf der Fahrt von Versailles nach Weimar ein ausführliches Protokoll ausgearbeitet, das heute der Kabinetsitzung unterbreitet werden soll. Das Protokoll kommt zu dem Schluß, daß der Vertrag nicht unterzeichnet werden kann. Wie verlaute, sieben alle Mitglieder der Delegation auf diesem Standpunkt. Sachverständige haben diese ablehnende Haltung durch ein ausführliches Gutachten begründet. Graf Brodtkorf-Ranau hat mit den Mitgliedern der Delegation die ganze Nacht von Montag auf Dienstag konferiert, und auch in der Nacht zum Mittwoch anstrengend gearbeitet. Ueber die Vorgänge bei der Abfahrt des Zuges teilt man mit, daß es sich nicht um den spontanen Ausbruch der Volkseinstimmung, sondern um eine mit Ausdrück der Regierung herbeigeführte Beschimpfung und Mißhandlung unserer Landesleute handelt. In den Kreisen der deutschen Delegation war man auf diese Ausfahrungen gar nicht gefaßt, wobei aber Kollegen noch Soldaten aufgestellt waren, obwohl es sich um eine nach Tausenden zählende Menge handelte, die die Straße vom Hotel bis zum Bahnhof füllte.

Die Verfassungsberatungen der deutschen Nationalversammlung.

11. Weimar, 18. Juni. (Draht.) Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat vorbehaltlich endgültiger Entscheidung in Aussicht genommen, die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs in der Plenarsitzung am Montag, 22. Juni stattfinden zu lassen.

Englische Pressestimmen zur Antwortnote.

11. Amsterdam, 18. Juni. (Draht.) Die veröffentlichte Antwortnote Clemenceaus an den Grafen Brodtkorf-Ranau findet in der englischen Presse eine günstige Aufnahme. Der Triumph über den unterliegenden Gegner kommt unvorhersehen zum Ausdruck. Die Opposition ist schwach. Diese bedeutet den Deutschen, die Note zu unterzeichnen, und vertritt sie auf die Zukunft. Die 'Times' findet den Ton der Note würdevoll und ist auch mit dem Inhalt vollkommen einverstanden, obwohl es die an Deutschland gemachten Forderungen bemängelt. 'Daily Mail' spricht ihre Vermutung aus, daß diese Antwort in Paris verbreitet worden ist und erklärt, daß in der Mantelnote zum Ausdruck kommende Geißel müsse auch die Männer der verbündeten Mächte befehlen. Auch die 'Morning Post' stellt sich auf den Standpunkt, daß die Verbündeten bereits vor Monaten mit den Deutschen hätten sprechen müssen, wie jetzt. Nach der 'Evening Sun' wird das Dokument der Copypisterei ein Ende machen, mit der die Deutschen eine gefällige gebildete Aussprache führen wollten. 'Evening Sun' erklärt sich mit dem ausgezeichneten Schreiben Clemenceaus für befriedigt. Paul Mall Gazette bezieht die Antwort der Allierten als Niederlage der moralischen Offensiv des Grafen Brodtkorf-Ranau. Trotz aller Befürchtung der deutschen Verbredner werde die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen. Von den oppositionellen Stimmen liegen zwei vor: Daily News schreibt: Mit ihrem Wesen behalten die Friedensbedingungen ihre unersöhnliche Form. Die Zeit für unnütze Schritte ist vorbei. Den nächsten Schritt müssen nun die Deutschen machen. Wir sind überzeugt, daß den Deutschen mit der Unterzeichnung ein gebient ist. Das Unrecht der heutigen Bedingungen wird durch die Zukunft wieder gut gemacht werden. Daily Herald weist auf die nicht erfüllte Aufgabe der Friedenskonferenz hin, die mit einer Vertiefung des Wilsonprogramms begonnen und mit der Herstellung eines Vertrages endete, der selbst nach unserer Auffassung unerfüllbar ist und die Gebote des Anstandes und des gefandenen Menschenverstandes verletzt. Dieser Friedensvertrag macht den Frieden zu einem Geißel und hat Willkür zum Gesetz gemacht.

Verantwortlicher Schriftsteller: G. Hohl, Defta, Druck und Verlag: Wehner Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Defta.

Heinr. Jettkötter, Osnabrück. Doppelflinten, Dreilaufgewehre, Lürschbüchsen, Büchsenflinten, Repetierbüchsen, Revolver, Listolen, Zielfernrohre, welche sofort montiert werden, in bester Friedensarbeit. Munition zu allen Waffen. Preisliste auf Wunsch. Waffenstern bei Bestellung mitgeben. Wiederverkäufer Handlung.

### Briefe an einen Landlehrer

— von A. Heinen. —  
317 Seiten. Volksvereinsverlag.  
Preis M 3.60  
und 10% Feuerungszuschlag.  
Buchhandlung Koch,  
Vechna.

### Gurken- und Kürbis-Samen

wieder vorrätig.  
**Vechna. L. A. Fortmann.**

### Hans Gräf, Photograph,

Vechna i. O., Klingenbagen.  
Aufnahmen täglich vormittags 10 bis nachmittags  
5 Uhr, außerhalb ohne Preiszuschlag.  
Bergführungen. Seimaufnahmen.  
Gertigung von Amateur-Arbeiten.

### Neue Fahrräder

(Friedensräder) mit guten Gummi sowie  
Fahrrad-Laufräder fortwährend lieferbar.  
Gleichzeitig zur gef. Kenntnis, daß ich  
von jetzt an wieder Preisänderungen  
(nicht zu beschweigen mit Indieren) und alle  
mir vorkommenden Reparaturen schnellstens  
fertig stelle.

**G. Rolles,**  
Fahrradfabr., Vechna i. O., Tel. 28

# Bomben-

sicher  
kaufen Sie am besten und billigsten  
bei

**Assmann & Brockmann,**  
Visbek i. Oldbg.

### Versammlung

der Weggenossenschaft Bohne, Bezirk 6, am  
Freitag, dem 20. Juni 1919, nachmittags 7 Uhr  
bei B. Köhmann in Bohne.

- Tagesordnung:  
1. Rechnungsablage pro 1918/19.  
2. Voranschlag pro 1919/20.  
3. Verschiedenes. Der Vorstand.

**Einladung zur Weggenossenschafts-**  
**versammlung Bezirk V., Dinklage**  
am Freitag, dem 20. d. Mts., 3 Uhr abends bei  
Wirt Wittrod.

Tagesordnung:  
Rechnungsablage, Voranschlag für 1919/20.  
Wahl des Wegevorstehers.  
Barlage, Wegevorsteher.

### Versammlung

des Westfälischen Bauernvereins in Visbek  
im Saale des Herrn Diehsaus am Samstag, dem  
21. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr.

Tagesordnung:  
„Was hat der Landwirt bei der Aufstellung  
des Vermögensberichts zu beachten?“  
Alle Landwirte und Freunde der Landwirtschaft,  
besonders die Steuerleute werden hierzu freund-  
lich eingeladen.  
Der Vorstand des Westfälischen Bauernvereins.

### Kinderschuhe, Sandalen und Hausschuhe

wieder vorrätig.  
**Aug. Kramer,**  
Bohne, Schuhgeschäft.  
Gutes

**Leeren Fahrrad,**  
mit Friedensgummi, preis-  
wert zu verkaufen.

**Anton Brinker,**  
Vechna i. O., Bremertor.

Eine  
**Fahrradluftpumpe**  
verloren auf der Dieb-  
holzer Chauffee. Der  
ehrl. Finder wird ge-  
beten, dieselbe gegen Be-  
lohnung abzugeben an  
Müller Bröding, Vechna.

**Wägenwagen**  
mit sehr guten Rädern, und  
9 beste

**Mutterferkel**  
zu verkaufen.  
Witt. Sieve, Wechdel  
bei Babbergen.

**Zirkus Dariesé Blumenfeld**  
gibt heute, den 18. Juni, seine Eröffnungs-Vorstellung  
Die Diresktion.  
auf dem Marktplatz in Vechna.

**Maschinenöl,**  
hellgrün im Rahmen von  
sämtlichen Größen.  
Schierberg u. Hontomp,  
Damme.

**Klavier**  
zu kaufen gesucht, wenn  
auch reparaturbedürftig.  
Angebote mit Preis-  
und Firmenangabe an  
E. Werner, Rüstingen 1  
Börsestr. 70.

Zu verkaufen 6 Stück  
größere  
**Gänse-Rüben.**  
August Hötting, Latten.

Habe eine sehr gut  
erhaltene  
**Scheune,**  
11,5 Meter lang, 5,5  
Meter breit, Eisenfach-  
werk, sofort zum Abbruch  
zu verkaufen.

Rosen gr. Kusting,  
Oldorf bei Damme.  
Am Samstag, dem 21.  
Juni sollen die Genossen-  
schaftswege Südlöhne 1  
u. 2 durch Windesforde in  
Stand gesetzt werden.  
Versammlung Genossen-  
schaftswege 88 Götterstraße.  
Der Vorstand

## Eisenwerk Varel

Gegr. 1843. Varel i. O. G. m. b. H.

Telegr. Eisenwerk Vareloldenburg  
Fernruf-Nr. 20, 25 u. 43

**Liefert**

Eisen- Stahl- u. Metallguß, roh u.  
bearbeitet. - Konstruktionen -  
Maschinen für Molkereien, Ziegeleien,  
Mühlen usw. Fabrikeinrichtungen  
Feld u. Normalbahnen. Nieten usw.  
Reparaturen jeder Art.

Zweibüro: Bremen, Oberstr. 743  
Fernruf Roland 8116  
Ingenieurbesuch  
u. Kostenanschläge  
sogar u. kostenlos

### Molkerei-Genossenschaft Langförden, e. G. m. u. S.

#### Generalversammlung

am Donnerstag, dem 26. Juni d. J., nachm.  
4 Uhr in Wm. Nieders Wirtschaft in Langförden.  
Tagesordnung:  
1. Rechnungsablage und Genehmigung der Bilanz  
pro 1918;  
2. Entlastung des Vorstandes;  
3. Beschlußfassung über die Verwendung des  
Gewinnes;  
4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes;  
5. Wahl von 2 Aufsichtsratsmitgliedern;  
6. Bericht über die statgenübende Revision;  
7. Verschiedenes.

Die Bilanz liegt bis zur Generalversammlung  
beim Geschäftsführer zur Einsicht der Mitglieder aus.  
Langförden, 1919, Juni 17.  
Molkerei-Genossenschaft Langförden, e. G. m. u. S.  
H. Baste. J. Brinthus.

### Spar- und Darlehnskasse, e. G. m. u. H., Langförden i. O.

#### Generalversammlung

am Donnerstag, dem 26. Juni d. J., nachm.  
6 Uhr in Wm. Nieders Wirtschaft zu Langförden.  
Tagesordnung:  
1. Rechnungsablage und Genehmigung der Bilanz  
ver 1918;  
2. Entlastung des Vorstandes;  
3. Beschlußfassung über die Verwendung des  
Reingewinnes;  
4. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes;  
5. Neuwahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.

Die Jahresrechnung und Bilanz liegt im Ge-  
schäftszimmer der Genossenschaft zur Einsicht der  
Mitglieder aus.  
Langförden, 17. Juni 1919.  
Spar- und Darlehnskasse, e. G. m. u. H.,  
Langförden i. O.  
H. Baste. J. Stutenborg.

### Landw. Konsumverein Langförden, e. G. m. u. S.

#### Generalversammlung

am Donnerstag, dem 26. Juni d. J., nachm.  
5 Uhr in Wm. Nieders Wirtschaft in Langförden.  
Tagesordnung:  
1. Rechnungsablage und Genehmigung der Bilanz  
pro 1918;  
2. Entlastung des Vorstandes;  
3. Beschlußfassung über die Verwendung des  
Gewinnes;  
4. Verschiedenes.

Die Bilanz liegt bis zur Generalversammlung  
beim Geschäftsführer zur Einsicht der Mitglieder aus.  
Langförden, 17. Juni 1919.  
Landw. Konsumverein Langförden e. G. m. u. H.,  
C. Koldehoff. J. Brinthus.

### Süddoldenburger Landbund

#### Versammlung

Die Vorstände sämtlicher Gemeindebünde des  
Amts Vechna (je 6 Werf.) werden hiermit zu einer  
auf Sonntag, den 21. Juni, vormitt. 10 Uhr  
nach Schiffer's Hotel in Vechna geladen.  
Tages-Ordnung:  
Wahl des Amtsbundvorstandes und eines  
Vorstehenden.  
Aus jeder Gemeinde sind 3 Personen zu  
wählen.  
Es wird gebeten, die Mitgliederlisten und  
Protokolle mitzubringen, soweit sie nicht einge-  
liefert wurden.  
Wetterhafen, 1919 Juni 16.  
H. Bergmann, als Austragter.

### Seifenstein

Flund M. 4.—  
E. S. Mähler, Damme.

### Sydranal. Sackfall- Mauerfall.

D. Schröder,  
Vechna & Schneidewitz.  
la Wagenfett.

Friedensqualität, i. Einem  
von sämtlichen Größen.  
Schierberg u. Hontomp,  
Damme.

### Vechna, Burgstraße 11.

Reparatur-Werkstatt  
für alle Arten  
Wand-, Weck-  
u. Taschenuhren.

### Heiratsgesuch.

Geschäftsmann und Bäcker,  
30 Jahre alt, kath., mit  
Vermögen, wünscht die  
Belamenschaft einer jungen,  
hübschen Dame mit Ver-  
mögen, welche Liebe zum  
Geschäft und Landwirt-  
schaft hat, zwecks baldiger  
Heirat. Junge Witwe und  
Einbetrat nicht ausge-  
schlossen. Offerten mit Bild  
unter 100 an die Geschäfts-  
stelle dieses Bl. erbeten.

### Landesarbeitsnachweis

Ein ans der Schule ent-  
lassenes Mädchen, welches  
Juli hat, das Nähen zu  
erlernen, kann sofort in  
Lohre treten.

### Landesarbeitsnachweis

Suche auf sofort 1 tüch-  
tigen Maler und 1 tüch-  
tigen Lackierergesellen,  
für dauernde Arbeit und  
höchsten Lohn. Angebote  
an den Arbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Bohne.

### Natholischer Schlossergeselle

Suche nach Währen  
**2 Maurer**  
ge sucht.  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Vechna.

Am Sonntag, dem 22. Juni,  
groses  
**Eisenbahner-Sommerfest**  
auf dem Schützenplatz in den südlichen  
Lammen bei Vechna.  
Programm:  
Nachm. 3 1/2 Uhr: Abmarsch unter Voran-  
tritt der Musikkapelle vom Vereinslot  
(Melders).  
Von 4—7 Uhr: **Konzert.**  
Hierauf:  
**grosser Festball.**  
Karusell und Schießbude  
auf dem Plage.  
Eintritt 50 Pf. Kinder unter 14 Jahren  
haben freien Zutritt.  
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein  
**Der Festausschuss.**  
Zu obigem Fest habe ich die Wirtschaft  
übernommen und bitte um geneigten Zuspruch.  
**August Wrenkshövel.**

### Groses Rennen in Cloppenburg

am Sonntag, dem 22. Juni,  
nachm. 3 Uhr  
mit 98 Nennungen.  
Größtes Rennen Nordwestdeutschlands.  
**Totalisator am Platze.**

### Josepha Prüllage Bernhard Tabeing

Verlobte.  
Darrenlamp h. Cappeln Schwägerin  
u. J. Cappeln  
Freischmied 1919.

### Todes-Anzeige.

  
Gott dem Allmächtigen hat gefallen, heute  
morgen 7 Uhr meine liebe Frau, unsere  
gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin  
und Tante, die  
**Ehefrau Hermann Vormoor,**  
Emma, geb. Heilige,  
zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb  
nach längerer, mit Geduld ertragener Krank-  
heit, aber doch plötzlich und unerwartet im  
40. Lebensjahre.  
Um ein andächtiges Gebet für die liebe  
Verstorbenen bitten  
**Die trauernden Angehörigen.**  
Vechna, Horst, Wörden, Gut Fänge,  
Sagen, den 18. Juni 1919.  
Die Beerdigung findet statt am Sonn-  
abend, dem 21. Juni 1919, morgens 10  
Uhr, wozu Verwandte und Bekannte einge-  
laden werden.  
Von Beileidsbesuchen bitten wir abgesehen

Die Kirchen- und Schuldebatten in der Landesversammlung.

Die Bestimmungen des Entwurfs über die evangelische und katholische Kirche waren, abgesehen von einigen radikalen sozialdemokratischen Änderungen, die abgelehnt wurden, nicht der Gegenstand von Debatten in 2. Lesung. Ueber ihre endgültige Gestaltung wird noch zu reden sein.

Wegfall der Beschlüsse der Landesversammlung über die Schulparagrafen müssen wir mit Bedauern feststellen, daß die demokratisch-sozialdemokratische Mehrheit es für richtig hielt, über die Forderungen, die das katholische Oldenburgische Volk in gemeinsamer Einigkeit erhoben hat, zur Tagesordnung überzugehen. Das katholische Volk hat gehofft, daß eine Zeit, die demokratisch und freischheitlich sein will, auch ihm wenigstens das Rechte mahren würde, die es bisher befehen hat. Diese Hoffnung ist aufgehoben geworden. Die bisherige Beordnung, die uns die religiöse Erziehung der Kinder nach unserer religiösen Überzeugung überließ, ist zum Spielball einer gemäßigten Mehrheit geworden. Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder, das über dem Rechte des Staates steht, ist fastschlich in weitgehendem Maße beschränkt worden zugunsten des Staates, der nicht mehr christlich sein will. Man gab uns einige Sicherungen, die wirklich keine sind, denn eine 2/3 Majorität können wir als eine Sicherung unserer Kultur nicht ansehen.

Unser katholisches Ober-Schulkollegium ist uns verfassungsmäßig nicht geschützt worden. Warum nicht? Weil man es über kurz oder lang anfechten will. Der sog. Abg. Heilmann erklärte im Ausschuss, daß seine Partei für völlige Aufhebung sei. Die Demokraten gaben allerdings ab, aber man denke daran, daß sich 1910 vom Landtag ein freimüthiger Antrag auf Aufhebung angenommen wurde, und daß die Regierung ihn nicht berücksichtigte, kann man derselben freimüthigen Seite Wein nachessen. 1917 der bekannte Antrag von Dieck, der ebenfalls die Aufhebung forderte. Können wir in den Demokraten von 1919 mehr Vertrauen haben, wie zu denen von 1910 und 1917? Man muß uns recht geben, wenn wir das bezweifeln.

Eines der wichtigsten Grundrechte, die Un-terrichtsfreiheit, hat man uns nicht vollständig gelassen; man will sie in Fesseln schlagen können. Man kündigt nämlich an, daß bei der Neuordnung des Schulgesetzes die Erziehung von Privatschulen von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden soll. Das bedeutet ein Eingreifen in Elternrechte, eine Verengung der Freiheit der Eltern, den Unterricht und die Erziehung ihrer Kinder selbst zu bestimmen. Wir unterstreichen, was der Abg. Müller in der Sitzung am 22. Mai den Demokraten und Sozialdemokraten zuzufügen. Diese Freiheit wollen Sie festhalten. Wenn Sie diese Freiheit wollen, dann geben Sie den Eltern diese Freiheit, tun Sie das nicht, so nenne ich das unliberal und unduldsam. Die Kirche will die Erziehung von Privatschulen erschweren. Wechselt? Der Zentrumsvorsitz, Rasche hat das Ziel der Erziehung in der Sitzung am 13. Juni aufgestellt: Die Beschränkung der Unterrichts-freiheit soll der Zwangsstaatschule auf konfessionsloser Grundlage vorarbeiten. Das dieser Entwicklung unser stärkster Kampf gilt, braucht wohl nicht gesagt zu werden.

Trotz dieser Ausführungen, die wir leider an der Ordnung des Schulwesens im neuen Staats-grundgesetz machen müssen, will man uns Entgegenkommen in weitestem Maße gezeigt haben. Darauf war der Ton aller Reden der linken Seite gestimmt. Gewiß, man hat uns Entgegenkommen insofern gezeigt, daß man uns wenigstens einige der Rechte, die wir bisher befehen, belassen hat. Wir können aber nicht deshalb von Dankbarkeit voll sein, weil man uns nicht ganz vermag, wie es z. B. in Sachen und in mehreren anderen Einzelheiten der Fall ist. Zudem hat man uns die Rechte, die man uns freischheitlich noch zugestanden hat, nicht unbedingt gesichert, so daß die Gefahr, auch sie in Zukunft noch zu verlieren, uns des angebl. Zukunfts Entgegenkommens nicht recht froh werden läßt. Freischheitlich und demokratisch ist es doch wahrhaftig nicht, wenn mit einem Federstrich die Forderungen des katholischen Volkstheils hinweggegarbt wurde.

Wer vielleicht einwenden wollte, daß wir in Vorstehendem nicht genügend der Tatsache, daß wir die konfessionnelle Schule, die Leberwachung des Religionsunterrichts durch die katholische Kirche und die konfessionnell geregelte Lehrerbildung behalten, Rechnung getragen hätten, denn möchten wir auf die Tatsache hinweisen, die diesen uns jetzt noch gemäßen Rechten droht. Die Grund-satzung m. n. g. die aus den Landtagsdebatten klang, war — das läßt sich nicht bestreiten — gegen diese unsere Rechte. Doch haben wir sie, aber alles, was sie uns wirklich unerschütterlich sichern könnte, wurde von der Linken abgelehnt. Man will den Weg nicht erhalten für die „Schulreform“, wie man es nennt, in der die konfessionnelle Schule keinen Platz mehr haben soll, in der von einer kirchlichen Aufsicht über den Religionsunterricht und von konfessioneller Lehrerbildung schon gar nicht die Rede sein wird. Die jetzigen Verhältnisse sind nicht danach angefallen, einen Schritt zur Radikalisierung unserer christlichen Schule zu tun, aber den Weg will man nicht freihalten. Man wird sofort das katholische

Oberschulkollegium, nachdem es aus der Verfassung entfernt ist, im Schulgesetz beibehalten, man will auch im Schulgesetz die Privatschulen mit Erleichterungen beibehalten. Bedenken wir aber, daß jederzeit das Schulgesetz mit einfachem Mehrheitsbeschluss geändert werden kann. Berücksichtigt man das Vorstehende, so wird man in christlichen Kreisen die richtige Bewertung dessen, was wir jetzt erreicht haben, von selbst finden.

Wer da glaubt, daß die Demokraten z. B. ihre alten freimüthigen Schulpläne aufgegeben haben, der wird durch die Berichte und Reden der Landesversammlung eines Besseren belehrt werden. Sowohl gegen die konfessionnelle Schule als gegen die kirchliche Aufsicht über den Religionsunterricht und gegen die konfessionnelle Lehrerbildung äußerten sie schwere grundsätzliche Bedenken. Das Wort des demokratischen Abgeordneten Plasom „Wir sind für die Simultanschule, das sagen wir offen heraus“ ist eine Festlegung dessen, was wir ausgedrückt haben. Wir geben der Befürchtung offen Ausdruck, daß, sobald eine Konsolidierung der Verhältnisse eingetreten ist, sobald man der Rücksichtnahme, die man uns jetzt hier in diesen Schulkampf hineingebracht werden, dessen Ziel die Simultanschule und damit nur zu leicht auch die Entchristlichung unserer Schule ist.

Daß die Sozialdemokraten ihre dringens-tumsfeindlichen Schulpläne weniger rücksichtsvoll verfolgen werden, lassen ebenfalls die Debatten nicht erwarten. Wohl wurde der Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Wehrens, der auf dem Umwege über die Gemeinden zunächst die Simultanschule einführen und dann die Wegweisung der konfessionnelles Schule erreichen wollte, abgelehnt, weil er keine Unterstützung fand bei den Demokraten. Seine Annahme hätte zu weittragenden Folgen nicht nur für die zukünftige Zusammenarbeit der Parteien gehabt, er hätte auch die ganze Grundlage des Kompromisses zerstört, weshalb er für die Demokraten unannehmbar wurde. Religion soll nicht in die Schule hinein, wir wollen in die konfessionslos konfessionnelle Schule. Diese Worte des sozialdemokratischen Abgeordneten Wehrens müssen sich jeder christliche Mann und jede christliche Frau, alle christlichen Eltern merken. Sie zeigen uns das Ziel der Sozialdemokraten. Wichtig ist auch die Verteilung der Schulbestimmungen durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Hug, der von ihnen sagte, daß durch sie die Tür zur Verweltlichung der Schule aufgeschlossen wäre. Machen wir uns also keine Illusionen darüber, was uns die Zukunft auch hier an Kämpfen bringen wird.

Will man den Kampf, wir werden ge-riktet sein. Wir haben das Recht auf unserer Seite, und nur eine Parole wird es geben, wie sie der Abg. Rasche am 13. Juni prägte: „Wir kapitulieren hier niemals.“ Niemand wird der Abg. Hug es erlauben, daß christliche Eltern ihre Kinder in seine religionslose Zwangsstaatschule schicken werden. Die sozialdemokratischen Schulpläne werden an der Kraft der religiösen Überzeugung eines Volkes scheitern, ebenso wie alle Pläne der linken Partei scheitern werden, die nicht die Zustimmung des christlichen Volk einig hinter seinen Führern steht. Diese Einigkeit hat unsere gewählten Zentrumskandidaten den Rückhalt gegeben, dessen sie in der Verteidigung unserer christlichen Kultur bedürfte. Daß unsere Zentrumskandidaten ihre schwierige Aufgabe voll gerecht geworden ist, müssen wir mit Dank anerkennen. Wir sind nur eine Minderheit, aber wir sind mächtig, wenn wir einig sind. Das ist unsere Parole jetzt und in Zukunft.

Religions-Unterricht oder Moral-Unterricht?

Der hochangesehene Leipziger Psychologe Prof. Dr. Wundt war vom evangelischen Pfarrerein in Leipzig um seine Meinung in der Frage des Religionsunterrichts in der Schule befragt worden. Das „Leipziger Tageblatt“ bringt seine Antwort, die jenen bisher auf Wundt schwörenden Lehrern, die jetzt die Konfessionschule zu vernichten freuden, zu denken geben sollte. Der Vektor der deutschen Philosophie und Völkerpsychologie, dessen Ausführungen zwar für uns Katholiken nicht ausschlaggebend sind, aber in unsern Eindrücken für die konfessionnelle Schule, da wir in dem unfehlbaren Lehramt unserer Kirche einen Gewähr haben für die Wahrheit unseres Glaubens, die aber immerhin für den gebildeten Katholiken nicht gleichgültig sind, da sie uns zeigen, wie die Führer des geistigen Lebens, die nicht zu uns gehören, über die wichtigsten Fragen des Lebens denken, schreibt:

„Hochgeehrter Herr Pastor! Der verbreitete Ruf nach Abschaffung des Religionsunterrichts in der Schule verdirbt unter diesem Namen nach meiner Meinung eine der größten Kulturbarbareien der Gegenwart. Dieser Ruf hat einen Sinn, wenn man unter Religionsunterricht das Einblenden der Bibel als eines dogmatischen Lehrstoffes versteht, der entweder als Offenbarung oder als geschichtliche Wahrheit hingenommen werden müsse. Ich bin aber der Meinung, daß nur derjenige Lehrer ein brauchbarer Religionslehrer sein kann, der selbst auf dem Standpunkte der besten Wissenschaft

steht, daß aber, gerade von diesem Standpunkte aus betrachtet, die biblische Geschichte und der in ihr überlieferte religiöse Gehalt durch nichts anderes und am allerwenigsten durch einen aus irgendwelchen anderen Quellen zusammengelegenen sogenannten Moralunterricht ersetzt werden kann.

Das Kind und der naive Mensch bedürfen irgendeiner Form, in der ihnen die allgemeine Geschichte der Menschheit und ihr moralischer Gehalt überliefert wird. Ich möchte aber z. B. diejenigen, die die Bibel aus der Schule verbannen wollen, fragen, ob sie einen passenden Ersatz für den durch ihre wunderbare Einfachheit ebenso wie durch ihre unaufrichtigen religiösen Hintergründe ausgezeichneten biblischen Sagenstoff finden wollen? Der geschichtliche, der germanische oder irgend ein anderer Sagenstoff, der mit mir meinem auf diese Frage gerichteten Studium begegnet ist, würde nach meiner Überzeugung völlig ungenügend sein. Soll darum etwa Kindern oder dem naiven Naturmenschen ein Kompendium moderner Urgeschichte als Ersatz gegeben werden? Genau so wie mit der Frage der Entschärfung der Welt verhält es sich oder mit der ältesten Geschichte der Menschheit. Ein Vakuum statt ihrer zu lassen, ist unmöglich, die Wirklichkeit an die Stelle zu setzen, ist aber ebenso unmöglich. In der Urgeschichte der biblischen Überlieferung hat aber diese älteste Geschichte der Menschheit gerade diejenige Form angenommen, die noch heute für das naive Bewußtsein die am meisten adäquate ist, in der sie außerdem trotz mancher Widersprüche mehr als irgendeine andere für eine kindliche, zugleich nach einer allgemeinen religiösen Grundlage begehrende Auffassung geeignet ist. Oder welche unter den älteren Literaturen der griechischen hätte Werke von so unergänzlichem poetischen und religiösen Wert aufzuweisen, wie sie viele der Palmen, der Propheten, das Buch Job und manche andere dem Neuen kann einen besonderen Vorrang vor dem Alten Testament geben, das um so weniger, als dieses neben jenem gar nicht entbehrt werden kann.

Daß sich ein solcher Religionsunterricht von selbst zugleich zu einem Moralunterricht gestaltet, versteht sich für die Anfänge des letzteren von selbst, während dagegen für die weiteren Stufen allerdings nach meiner Überzeugung weit mehr als dies bisher gesehen ist, auf der einen Seite die Geschichte und Staatslehre, auf der anderen Seite für die reiferen Stufen die Philosophie hinzutreten sollten. Wie das gesehen kann, das ist allerdings als sehr Aufgabe pädagogischer Erwägungen, als daß ich hier näher darauf eingehen könnte. Im ganzen aber möchte ich sehr entschieden daran festhalten, daß der Ruf nach der Erziehung des Religionsunterrichts durch einen allgemeinen Moralunterricht eigentlich auf einem veralteten Standpunkte ist, der der Auf-fassung der Religion selbst beruht. Auch ist nicht zu vergessen, daß die konfessionellen Unterschiede, die natürlich schon die Persönlichkeit des Lehrers mit sich führt, um so weniger einen störenden Einfluß ausüben werden, je mehr die wissenschaftliche Behandlung des Religionsunterrichts durch den Lehrer zur Geltung gelangt.

Indem ich gegen eine Veröffentlichung dieser meiner Meinungsäußerung nichts einzuwenden habe, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener W. Wundt. Werden sich die Gegner der Konfessionschule durch dieses Zeugnis eines Mannes, der auf Grund der Erkenntnis seines mehr als 80 Jahre währenden Forscherlebens urteilt, noch beeinflussen lassen und ihre tyrannische Unterdrückung der Konfessionschule einstellen? Für die Feinde der Konfessionschule wird Prof. Wundt ja nun wohl aufgebracht haben, eine maßgebende Autorität zu sein.

Tagung des kath. Lehrerverbandes.

Die Vertreterversammlung des katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches tagte vom 11. bis 13. Juni in Hildesheim. Der Verbandsvorsitzende Herr Kamp-Bodum, Mitglied der Deutschen Nationalerversammlung, legte in seiner Eröffnungsrede ein feierliches Bekenntnis ab zur konfessionellen Volksschule, das wiederholt den stärksten Beifall der Versammlung fand.

Untere Schul- und Standesforderungen, die in Weimar zur Beratung stehen, geben uns Gelegenheiten, unsern Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Was wir aber gleich zu Beginn unserer Tagung laut und bestimmt aussprechen wollen, ist: Erhaltung der konfessionellen Volksschule nach dem Willen der Eltern, Erziehung der Erbschaft der Erziehung und des Unterrichts, Erhaltung des Religionsunterrichts in allen Schulen einschließlich der Lehrerbildungsanstalten als ordentliches Lehrfach im Rahmen des planmäßigen Unterrichts, erteilt im Auftrage der Kirche nach deren Lehren und Satzungen. (Starker Beifall.)

Redner sprach dann über die Entwicklung des 30 Jahre bestehenden Verbandes und den Einfluß des Krieges auf ihn. Neue Fragen stehen nun zur Verhandlung: Schulaufsicht, Schulleitung, Stadt- und Landlehrer, Junglehrerfrage, gewerkschaftliche Organisation, politische Betätigung u. a. m. Selbst die Frage des Weiterlebens der katholischen Lehrervereine ist aufgetaucht. Wir werden alles prüfen und nach bestem Können erlegen. Bestand und Wirken des kath. Lehrerverbandes ist heute wie früher eine Notwendigkeit: wir halten an unfern katholischen Lehrervereinen fest. (Bravo!) Darüber diskutieren wir nicht. (Sehr lebhaft.) Ebenso selbstverständlich

ist es, daß wir mit anderen Lehrervereinen zusammenarbeiten an gemeinsamen Aufgaben und Zielen.

Mit stürmischer Begeisterung fand folgende Entschliebung einstimmige Annahme:

Die in Hildesheim tagende 17. Vertreter-Versammlung des kath. Lehrerverbandes des Deutschen Reiches erklärt einstimmig, daß der Verband auch unter den neuen Verhältnissen im Reich und seinen Gliedstaaten an der konfessionellen Gestaltung des öffentlichen Schulwesens festhält und alle Maßnahmen entschieden verurteilt, die auf Entchristlichung des Schulwesens hincelen. In Übereinstimmung mit der überwiegenen Mehrheit des deutschen Volkes, die durch Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft bedingt, daß sie die Religion als Grundlage alles sittlichen Willens und Handelns betrachtet, fordert der Verband, daß aus öffentlichen Mitteln konfessionelle Schulen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt und unterhalten werden. Vorrangschonung für diese Forderung ist die Erhaltung des christlichen Geistes in der Lehrerbildung, die darum auf konfessioneller Grundlage zu gestalten ist. In allen Schulen ist der Religionsunterricht im Auftrage und nach den Satzungen und Lehren der betreffenden Religionsgemeinschaft zu erteilen. Die Freiheit der Erziehung und des Unterrichts, sowie das Recht der Eltern, über Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder selbst zu bestimmen, müssen durch gesetzlich festgesetztes Recht auf Errichtung von privaten Schulen voll und ganz gewahrt bleiben.

Zu einer hochbedeutenden Sitzung für die konfessionelle Schule gestaltete sich die öffentliche Volksschule am 14. Juni, die Donnerstagabend im großen Saale des kath. Vereinshauses unter sehr großer Beteiligung der katholischen Bürgerschaft der Stadt Hildesheim stattfand. Herr Gottwald-Berlin, Mitglied der Preussischen Landesversammlung, sprach über die Frage: Katholische Lehrerschaft und katholisches Volk im Kampfe um die konfessionelle Schule. Die Revolution hat mir klar zum Bewußtsein gebracht, daß Zusammenfassung aller Kräfte notwendig ist, wenn der Aufbau mit gleicher Stärke erfolgen soll, wie das Niederkriechen durch die revolutionäre Kraft. Damals bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß die Arbeit in der Schule und im Lehrerverein nicht genügt, daß der Lehrer mit dem Volke eine Arbeitsgemeinschaft eingehen muß. Als Lehrer steht mir die irdische Aufgabe der Schule hoch. Unsere katholische Schulen müssen mit jedem anderen Schule in Wettbewerb treten können. Katholisch und richtig ist nicht gleichbedeutend, im Gegenteil, wir wollen auf allen Gebieten des Lebens unseren Mann stellen. Aber höher steht uns die Erziehungsaufgabe der Schule. Die Kräfte, die die Schule meist, dürfen nicht in Eigenmuth und Eigenwitz verbrannt werden; sie müssen unseren Schülern den Weg nach oben bahnen, und der ist nur auf religiöser Grundlage möglich. Die Schule, wie man sie einführen will, kann dieses Erziehungsaufgabe nicht gerecht werden. Sie führt zum Zwiespalt in der Schule, zum Kampf zwischen Schule und Elternhaus, zum Schaden der Kinder. In einem Staate der Gleichberechtigung muß man unserer Ansicht nach Rechnung tragen. Wir wollen auch für uns Freiheit der Betätigung in der Jugendberziehung. Wir müssen uns rühren, wenn wir auf Berücksichtigung rechnen wollen. Katholisches Volk und katholische Lehrerschaft wissen, daß sie ihren Glauben nur im Verein mit der Kirche bewahren können. Deshalb soll die Verbindung zwischen Kirche und Schule auch in Zukunft bestehen bleiben, damit unsere Schule nicht bloß dem Staate leistungsfähige Bürger herantreibt, sondern auch Menschen erzieht, die auch ihrer sittlichen Bestimmung gerecht werden und ihr ewiges Ziel zu erreichen vermögen. (Leb. Beif.)

Darauf ergab der hochw. Herr Bischof von Hildesheim, Dr. Joseph Kerr, das Wort zu einer Begrüßung des Verbandes der katholischen Lehrer, die zu wichtiger Beratung versammelt sind. Der Verband der katholischen Lehrer steht bei uns in gutem Obekenten. Wir wissen, was er will. Wir wissen, daß er es als seine Hauptaufgabe betrachtet, alle jene Lehrer zusammenzufassen, welche die christliche Erziehung erteilen und üben wollen. Wir wissen, daß der katholische Lehrerverband das katholische Selbstbewußtsein der kath. Lehrerschaft gewaltig gehoben hat. Wir wissen, daß aus diesem katholischen Selbstbewußtsein der katholischen Lehrer auch viel Segen übergefloßen ist auf unsere Schule, auf unsere katholischen Kinder. Daß dank dem kath. Lehrerverbande auch an dieser Stelle für die freundliche Aufmerksamkeit, die er mir diesen Morgen erwiesen hat, ich sehr auch in diesen Worten dankbar sein möchte, das ist mir ein Bedürfnis. Ich bin katholischer Lehrer und auch in diesem Sinne ein deutscher Staatsbürger, und ich arbeite in enger Verbindung mit dem Episkopat. Ich freue mich, es hier aussprechen zu können, daß der Episkopat dem kath. Lehrerverbande sein volles Vertrauen schenkt, daß er vertraut, daß dieser Verband wie bislang so auch in Zukunft die Rechte der Kirche auf die Schule, die Rechte der Kirche auf die Erziehung unserer katholischen Kinder vertreten wird. Wir haben sieben gehört, wie jetzt die Lage ist, was wir zu befürchten und zu erwarten haben. Wir dürfen da nicht gleichgültig sein. Das Interesse der weitesten Kreise muß immer mehr für die katholische Schule, für den Fortbestand der konfessionellen Schule geweckt und gefördert werden. Wir wollen Schulen, welche unseren Kindern eine möglichst hohe Bildung und Unterbildung für diese Welt geben; aber vor allem wollen wir Schulen, welche den Menschen, die Kinder, für Gott und das ewige Leben erziehen. (Starker anhaltender Beifall.)

Der Verbandsvorsitzende dankte dem hochwürdigsten Herrn Bischof für die anerkennenden Worte.



Angelegenheit ist aber schwierig zu regeln. Es ist unangenehm worden. Hater und Süßenfrüchte frei zu angeregt worden. Es wäre richtig, dielem zu entsprechen.

Abg. Wietting-Brate: Die ausländischen Passanten wollen mit der Zentral-Einkaufsgesellschaft nichts zu tun haben. (Sehr richtig.)

Abg. Schmitt-Zetel: Diese Kriegsgesellschaften sind zu sehr im Sattel und lassen sich nicht leicht verdrängen. Dadurch, daß sie die Einfuhr verweigern, wollen sie nur ihre eigenen Geschäfte maden und fördern, weiter nichts. Sie haben nicht das Wohl des Volkes im Auge.

Abg. Schmitt-Zetel: Diese Kriegsgesellschaften sind zu sehr im Sattel und lassen sich nicht leicht verdrängen. Dadurch, daß sie die Einfuhr verweigern, wollen sie nur ihre eigenen Geschäfte maden und fördern, weiter nichts. Sie haben nicht das Wohl des Volkes im Auge.

Abg. Schmitt-Zetel: Diese Kriegsgesellschaften sind zu sehr im Sattel und lassen sich nicht leicht verdrängen. Dadurch, daß sie die Einfuhr verweigern, wollen sie nur ihre eigenen Geschäfte maden und fördern, weiter nichts. Sie haben nicht das Wohl des Volkes im Auge.

Abg. Meyer begrüßt es, daß die Reichsregierung fest gehalten ist und die Einfuhr nicht allgemein gestattet hat. Hier muß das Interesse der Heimatlich vorangehen. Die Regierung hat die Pflicht, die planmäßige Einfuhr zu kontrollieren.

Abg. Ennetling: Der Abg. Meyer zeigt durch seine Worte, daß er kein Kaufmann ist. (Sehr richtig.) Hier Jahre haben wir nun schon die Wirtschaft. Sie ist Schuld an dem unglücklichsten Ausgang des Krieges.

Abg. Ennetling: Der Abg. Meyer zeigt durch seine Worte, daß er kein Kaufmann ist. (Sehr richtig.) Hier Jahre haben wir nun schon die Wirtschaft. Sie ist Schuld an dem unglücklichsten Ausgang des Krieges.

25 000 Lo. Gerste billig zu haben. Die Einfuhr aber wird nicht genehmigt. Wir müssen endlich los von Berlin. Das Volk muß sich selbst regieren. (Zustimmung.)

Die Abstimmung wird der Ausschussantrag, die Eingabe der Handelskammer der Regierung zur Prüfung zu überweisen, einstimmig angenommen. Der Zusatzantrag des Abg. Schmidt, den Kriegsorganismen das Recht zu nehmen, die Einfuhr von Lebensmitteln usw. zu verweigern, wird mit 24 gegen 9 Stimmen angenommen.

Für den Antrag stimmten geschlossen die Demokraten, das Zentrum, die Volkspartei, U. C. und Abg. Jordan (M. S.)

Die Eingabe der gepulsten Schornsteinfeger um Anstellung und Regelung der Einkommensverhältnisse, wird der Regierung zur Prüfung überwiehen. Petenten wünschen eine Erhöhung des Lohnes, der jetzt 45-48 M die Woche beträgt.

Eine Eingabe des Deutschen Offizier-Bundes wird abgelehnt, weil es sich um preussische Militäreinrichtungen und Gehege über Kriegszugelen an Offiziere handelt, die nicht vom Militär ihre Zulage bekommen, sondern die vom Staat gezahlt werden müssen.

Veranlagung zu den Steuern. Der Ausschuss beantragt, diese Eingabe des Landbundes der Regierung als Material zu überweisen. Der Antrag wird angenommen.

Das Gesetz der früheren Soldatenerlöse, betr. Erhöhung ihres Ruhegehältes, sowie die Petition des früheren Staatsbeamten W. Rohbe zu Oldenburg werden durch Übertragung zur Tagesordnung erliebt, die Petition des Ausschusses für Mitglieder der früheren Sozialpartei wird der Verhandlung überwiehen. Der Regierung zur Prüfung überwiehen wird das Gesetz der im nördlichen Überlande wohnenden Arbeiter, betr. die Verpachtung von Grund- und Reichslandereien. Angenommen wird der selbständige Antrag des Abg. Rehtmaltr betr. Wasserfäden in Bienenfeld. Die Eingabe der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner wegen Urlaubsgewährung des oberrheinischen Eisenbahnpersonals wird für erliebt erklärt. Der Regierungsvertreter erklärte, daß der Zuschlag zum Urlaub bereits von der Regierung genehmigt sei und auch genehmigt würde. — Es folgt die Eingabe der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (driftl. Gewerkschaft), betr.

Genehmigung einer einmaligen Teuerungszulage. Der Ausschuss beantragt, die erste Forderung auf einmalige Teuerungszulage von 450 M für erliebt zu erklären, die zweite Forderung (Gleichstellung der Löhne) der Regierung zur Prüfung zu überwiehen.

Abg. Sante: Ich bedaure, daß es aus finanziellen Gründen nicht möglich gewesen ist, den Wünschen der Beamten und Arbeiter auf Gewährung einer einmaligen Zulage nachzukommen. Es ist ein alter Wunsch der Eisenbahner des Münsterlandes, die abgelassenen Stundenlöhne auf die Höhe wie in den übrigen Orten zu bringen. U. C. sind die Preisunterstützer für rationierte und freie Waren in den einzelnen Orten des Münsterlandes dem Norden gegenüber nicht so groß, als daß die jetzt bestehende Staffelung berechtigt wäre. Für die an allen Orten in gleicher Weise auszuführende Arbeit sollte man einen besseren Ausgleich schaffen. Darin stimme ich dem Ausschuss bei, daß das ganze System der Kriegszulagen nicht zulogend und daß man recht bald daran gehen muß, die Grundlöhne entsprechend zu erhöhen. Ich bitte die Regierung, die Eingabe wohlwollend zu prüfen und möglichst bald eine Erhöhung der Stundenlöhne der münsterländischen Eisenbahner durchzuführen.

Abg. Heitmann meint, es befände heute ein erheblicher Unterschied in der Stellung des Zentrums gegen früher, wo das Zentrum sehr häufig bei Wohnforderungen einen rückständigen Standpunkt vertreten habe. Es habe den Anschein, als wenn hinein jetzt nach dem Eintritt der Arbeitervertreter in das Zentrum eine Veränderung zum Besseren eingetreten sei.

Abg. Feigel: Die Differenzierung der Löhne in den einzelnen Landestellen haben wir stets beklamt. Der Abg. Driver hat schon vor längerer Zeit eine Gleichstellung der Löhne mit Preußen beantragt. Dem Zentrum kam man dem Vorwurf der Rückständigkeit nicht nach.

Abg. Sante: Das Zentrum hat sich in Wohnforderungen nicht rückständig gezeigt. Der Abg.

Driver forderte schon vor längerer Zeit Gleichstellung mit Preußen.

Minister C r a e p e t: Eine Differenzierung der Löhne ist absolut erforderlich damit sie sich den örtlichen Verhältnissen anpassen.

Abg. Dr i v e r weist darauf hin, daß das Zentrum getreu seinem eingekommenen Standpunkt geschlossen für die Zurückwanderung der Kriegszulagen an die Beamten auf den 1. Januar 1919 eingetreten sei. Die Sozialdemokraten aber hätten sich abgemündet verhalten, trotzdem früher der Grundlohn schon aufgestellt wurde, daß Gleichstellung mit Preußen erfolgen sollte. Wer war da rückständig, das Zentrum oder die Sozialdemokraten?

Die Anträge des Ausschusses werden hierauf angenommen. Die Eingabe des Schmieds Johann Kramer in Coerßen wird der Regierung zur Berücksichtigung der Gemeinde Altum ufo zur Prüfung überwiehen. — Die Eingaben 1. der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, betr. Mitteilung einer Entschädigung, 2. der Lebensmittellieferanten in Barel, betr. Einpruch gegen jede Soziallieferung der Lebensmittelverorgung, 3. des Oldenburger Landbundes, betr. Abbau der Zwangsversorgung usw. werden für erliebt erklärt, weil in den Eingaben Anträge nicht gestellt wurden.

Abg. D a n n e m a n n stellt einen selbständigen Antrag, nach dem die Regierung erucht wird, dahin zu wirken, daß aus der Ernte 1919 von einzelnen Erzeugnissen nur ein bestimmter Teil abgeliefert werden müsse, der Rest aber den Landwirten bleiben könne für ihren eigenen Bedarf. Mit dem bisherigen System müsse gebröchen werden. — Der Antrag wird dem Ausschuss überwiehen.

Es folgt der Schluss der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage.

Dem in der Sitzung vom 13. Juni gefassten Beschlüsse gemäß hat der Ausschuss die Verfassung nochmals auf sprachliche Fehler und Unebenheiten hin durchgesehen. — Dem Antrage des Ausschusses entsprechend werden die sprachlichen Berichtigungen am Entwurf vorgenommen. Die zu dem Entwurf eingegangenen Petitionen, Denkschriften und Anträge werden für erliebt erklärt.

Präsident S a n t e-Großmann teilt mit, daß die Drucklegung des Gesetzes bis zum Freitag und die Bertagung des Reichstages dann erfolgen soll. Am Sonnabend 9 Uhr soll die Regierungsbildung erfolgen. — Eingegangen ist ein Antrag wegen Besetzung der Minister.

Abg. Feigel teilt mit, daß die Vorlage 17 wegen der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit dem Großherzog den Finanzausschuss noch einmal beschäftigen werde. Redner fordert auf einer interfraktionellen Versprechung über diesen Gegenstand auf. Sie soll heute 6.30 Uhr abends erfolgen. Schluss der Sitzung: 12.30 Uhr.

Nah und Fern.

Melchede, 18. Juni. In der Melcheder Jg. finden wir folgende Anzeige: „Zur gest. Beerdigung! In dem am Sonntag, dem 1. Juni in Remblinghausen beginnenden Tanzunter- richte waren circa 40 Herren, aber keine Dame erschienen. Lebhafte vielen Dank. Bei den demnachst stattfindenden Festlichkeiten und Vergnügen sind uns nur ansdärtige Damen willkommen. Diejenigen von Remblinghausen und Umgegend mögen sich mit dem Befestitel vergnügt machen. Die beteiligten Herren, Remblinghausen.“

Münster, 17. Juni. In den Waldungen des südlichen Münsterlandes und ebenfalls des Emslandes tritt der Eichenwickler in bedrohlicher Weise auf. Ganze Waldstrecken sind durch das schädliche Insekt bereits verwüstet worden. Kump, 17. Juni. Kürzlich wurde abends gegen 8 Uhr die Ortschaft Kump durch einen furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht. Fast sämtliche Obstbäume bis zum Fuß Durchmesser, Eichen, Doppelnuss usw. wurden wie Streichhölzer abgehnt. Allein auf der Bestigung von Wilms in Kump waren über 40 Stk große Bäume abgedreht und durchbrochen. Die Dächer der Gebäude sind teilweise abgedeckt.

Köln, 18. Juni. Auf dem Osterbahnhof Oereren wurden große Schiebungun entdeckt, die bisher zur Verhaftung von 5 Handelsboten führten. In Verbindung damit steht die Ermittlung eines Hamsterlagers in der Steinstraße, wo u. a. Luchse im Werte von 100 000 Mk. lagen.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus. Unberechtigt Nachdruck wird gerichtlich verfolgt. 22. Juni: Volkig mit Sonne, normal temperiert. 23. Juni: Wenig windig. 24. Juni: Sonne, Wolkenzug, angenehm, stichweils Gewitter mit Regen. Windig. 25. Juni: Volkig, teils heiter, stichweils Regen stürmisch, normale Temperatur. 26. Juni: Wenig verändert. 27. Juni: Volkig, Regenschälle, teils Sonne Windig. 28. Juni: Volkig, stichweils Gewitter. Warm.

Kurzer Wochenbericht

D. Preisberichtstelle d. Deutsch. Landwirtschaftsv. vom 3. bis 16. Juni 1919.

Ernteaussichten in den Vereinigten Staaten, Aufhebung der Zwangswirtschaft in Frankreich und der Schweiz.

Nach dem vorliegenden Junibericht des Ackerbauvereins in Washington haben sich die Aussichten der Winterweizenerte in den Vereinigten Staaten seit dem Vormonat nur unwesentlich geändert. Der Durchschnittsertrag ist zwar von 100.5 auf 94.5 Prozent zurückgegangen, aber die Ertragsleistung lautet nur wenig niedriger, nämlich 893 Mill. Bush. gegenüber 558 bzw. 418 und 482 Mill. Bush. in den drei Vorjahren. Während sich die Erwartungen hinsichtlich der Winterweizenerte also in vollem Umfang zu erfüllen scheinen, hat der in dem Gesamtbericht von 926 Cents liegende Anreiz zu verstärktem Anbau beim Frühjahrweizen nicht die erhoffte Wirkung geübt. Es mag sein, daß die weniger günstige Witterung im April und Mai eine Ausdehnung der Frühjahrswizenerte verminderte, bis zu einem gewissen Grade dürfte aber wohl der Umstand mitgesprochen haben, daß die Farmer bei dem bestehenden Preisverhältnis zwischen Weizen und Mais nicht geneigt waren, den Frühjahrswizenanbau auf Kosten der lohnender erscheinenden Maiskultur zu forcieren. Aber nicht nur die Anbaufläche bleibt mit 22.8 gegen 22.4 Mill. Acres im Vorjahre hinter den Erwartungen zurück, auch der Durchschnittsertrag von 91.2 gegen 99.8 Prozent im Vormonat und 95.2 Prozent zur gleichen Zeit des Vorjahres entfällt. Der voraussichtliche Ertrag wird auf 849 gegen 559 Mill. Bush. im Vorjahre geschätzt. Ein Vergleich des gefassten Gesamtsertrages an Winter- und Frühjahrswizen mit den Ernten der vorhergehenden drei Jahre gibt folgendes Bild:

Table with columns: Erntejahr, Weizen (Mill. Bush.), Mais (Mill. Bush.), Gesamt (Mill. Bush.). Rows for 1919, 1918, 1917, 1916.

Der sich hieraus ergebende Exportüberschuss erscheint fast ausreißend, um allen Ansprüchen des weltwirtschaftlichen Bedarfsgebiete zu genügen. — In Frankreich soll die Verbrauchsregelung für Brot bereits in diesem Monat ihr Ende finden. — Das eigenständige Ernteaussicht in der Schweiz soll die Höchstpreise für Schmalz und Fleisch vom Großhandel des Rindviehgeschlechtes auf den 20. Mai d. J. abgehoben.

Literarisches.

Deutscher Hausbuch. Illustrierte Familienzeitung. 45. Jahrgang. Von Oktober 1918 bis Oktober 1919. Monatlich 2 Hefte. Der Jahrgang, bestehend aus 24 Heften zu 50 Fig., beginnt am 1. Oktober und kostet 12 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämtern, sowie auch unmittelbar vom Verlag. Bestellungen, Aufträge, Bestellungen, Bestellungen von Friedrich Pustet in Regensburg. Das oben erwähnte 18. Heft bringt: Zeitgeschichtliche Rundschau. — Der deutsche Held. — Ein niederländischer Roman von Enrico von Handel-Mazzetti. (Fortf.) — Morgen. Gedicht von Gerhard Franca. — Wie ich den Krieg empfand. Von M. Herbert. — M. Herbert-Kunst. Satze von E. M. Samann. — Der Liebes Uebertragung. Roman von Ricardo Leon. — Die Nacht. Gedicht von Hans Geiger. — Der kommende Welt-Krieg. Von Ernst Trebbius. — Wissenschaftliche Rundschau. — Wäderschan. — Für die Frauenwelt: Für die Küche. — 15 Abbildungen. Verantworflicher Schriftleiter: G. Hölze, Bestg. Druck und Verlag: Weichner Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Werliger), Bestg.

Für Vereinsausflüge! Niederborn für das Münsterland. Preis 40 Pfennig. Dechauer Deutscher und Verlag G. m. b. H.

la Gelblupinen ohne Saatkarten, hat abzugeben. Vechta. D. Schröder.

Frischer Spargel zum Einmachen eingetroffen. Frau Weicher, Gr. Kirchstraße.

la Salinen-Kochsalz (kein Stein Salz) empfiehlt. Vechta und Schwanenstraße.

Neu angekommen! Deden, Bettbezüge, Strickjaden in reiner Wolle, Kinderstrümpfe und Socken sowie fertige Burshenanzüge als Reichsware, weiße Boile, schlicht und gemustert für Damen u. Kinderkleider, Franzleinen, Schürzenstoffe, 130 Zentimeter breit, Baumwollwaren für Kleider u. Knabenblusen, Hemden, Hüte, gute, fertige Tirtenhosen in allen Größen billigst. Damme. A. Osterhof.

Neue Betten prima Inlett führe stets in bester Qualität am Lager. G. Berndmeyer, Vlsbok L. O.

Erste Osnabrücker Dampfwäschmanstalt. Carl Keuning, Martinstr. 69. Osnabrüd. Telefon 76. Herrenwäsche in tadelloser Ausführung. Lieferfrist 10 Tage. Tägliches Bohn- und Postverland. Preise billigst wie bisher. Annahmestelle bei: Frau Möhring, Damme.

Weidediebstahl-Versicherung und Versicherung gegen Blühstlag günstig beim Allgemeinen Deutschen Versicherungs-Berein A.-G., Stuttgart. Vermittlung: Kaufm. Heinz. Leiber, Damme L. O.

Eine junge milchgebende Ziege zu verkaufen. Auskunft Franz Meyer, Damme. Wegen Aufgabe der Jagd ein Jagdhund zu verkaufen. Jeller Bojche, Lehmden.

Gebrauchte Maschinen aller Art, alte Dampfessel, Füllhefts u. Gasmotoren, Feldbahnmaterial, Aufhängeweile auf Abtrieb, ganze Fabrikrichtungen gewußt Angebote sofort erumigst. Bremen, Geertens. Wer nimmt drei Mädchen für die Sommer- & Ferien auf Land gegen Vergütung. Nur bei gut laut. Zeuten. M. Kretschmer, Kählring, Wilschmaderstraße 20.

Schirme. Erste Reparaturwerkstatt Bestg's für Schirme. J. Maan.

### Gleisarten-Ausgabe

am Freitag, dem 20. Juni, morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 4-7 Uhr im Gesellenhause. Ohne Vollmacht werden keine Karten für andere abgegeben.

Behta, den 18. Juni 1919.

Stadtmagistrat.

**Bekanntmachung**  
Die nachstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

### Bekanntmachung

**Überwachungsausschusses der Seifenindustrie betreffend Ausgabe von Seife und Seifenpulver an Wiederverkäufer.**

Auf Grund der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fettartigen Waschmitteln vom 18. April 1916 Reichsgesetzbl. 1916 S. 307 und 21. April 1917 Reichsgesetzbl. 1917 S. 546 ist unter dem 16. bezw. 17. Mai d. Js. beschlossen worden, von der Einföhrung von Empfangsbefähigungen auf Abgabe von R. A. Seife (nicht auch R. A. Seifenpulver) an den Handel Abstand zu nehmen. Die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 20. August 1917 § 1 bis 4 werden daher, soweit R. A. Seife in Frage kommt, aufgehoben; sie bleiben aber für den Bezug von R. A. Seifenpulver noch in vollem Umfange bestehen, ebenso verbleibt es bei den geschäftlichen Bestimmungen betr. Abgabe von R. A. Seife und R. A. Seifenpulver nur gegen Seifenartenabnahme.

Berlin, den 2. Juni 1919.

Der Überwachungsausschuss der Seifenindustrie  
Gustav Runge.

### Wagen-Verkauf.

Am Freitag, 20. Juni, nachm. 4 Uhr, werden auf dem Hofe der Firma van d. Wal in Dintlage

mehrere sehr gut erhaltene Wagen, darunter Landauer, Kutschwagen, leichte Sommerwagen, Oldy, sowie einige gute Pferdegeschirre, öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkauft. Käufer ladet freundlichst ein

Otendorf, amtl. Aukt.

### Möbel-Verkauf.

Am Freitag, dem 20. Juni, 3 Uhr nachmittags werde ich für fremde Rechnung im Saale der Wm. Sinners, Goldenstedt

5 beste Kommoden, 2 eichene Kommoden-Schreibtische mit Aufsätzen, 1 Mahagoni-Damenstisch, 1 Sofa, 2 antike Sessel mit Seidenbandstühlen, 2 Plüschsessel, 1 Lederstuhl, 6 Mahagoni-Polsterstühle mit bestem Bezug, 6 Rohrstühle, 4 große Tische, 1 Mahagoni-Tisch, 6 große dreiwürfelige Kleiderchränke, auch als Beinenchränke zu benutzen, 2 Glaschränke, 2 große Kirschentische für Landwirte passend, 1 Mahagoni-Zimmer-Nachstuhl für Kranke, 7 große Guederohrstühle für Wirt, 1 Kirschentisch, 1 Mahagoni-Zimmerische, Büfen, Koffer und verschiedene andere Sachen sowie eine große Anzahl lederner Wiederarbeitgeschirre

Öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkauft. Bemerte noch, daß sämtliche Sachen gut gearbeitet sind.

Soldenstedt. B. Seckermann.

### Möbel-Verkauf

in Langförden.

Am Freitag, dem 20. Juni 1919, nachm. 2 Uhr, im Saale des Wirtz Niedeze zu Langförden werde ich für fremde Rechnung folgende Möbel öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen:

- 1 rote Plüsch-Darmstuhl als 1 Sofa, 1 Sessel, 4 Stühle, Rohrsessel, 1 braunes Sofa, 1 rotes Sofa, 1 mahagoni Sofa, 1 Tischbaum polierter Vertikow, 1 zweifacher Kleiderchränke, 1 Schreibtisch, 2 Kommoden, 2 zweifelhafte Bettstellen mit Matratzen, 1 1/2 schlafliche Bettstelle mit Matratze, 1 Waschtisch mit Marmorauflage, 1 eisernen Waschtisch, 1 Küchenschiff, 1 Waschtisch, 1 großen Spiegel, 3 eiserne Tischauflager für Schlachter.

Käufer ladet ein

Behta. B. Menke.

### Immobil-Verkauf zu Oythe.

Wegen Erbteilung bedürftigen die Erben des Landwirts Clemens Nöfener in Holzhausen bei Behta die zu Holzhausen belegene

### Besitzung

Artikel Nr. 29 und 249 der Gemeinde Oythe zur Gesamtgröße von 6 ha 35 ar 34 qm öffentlich meistbietend zu verkaufen. Erster Verkaufsausschlag findet statt am Samstag, dem 21. Juni 1919, nachmittags 6 Uhr,

in Warnings Wirtschaft zu Holzhausen. Die Ländereien sind beider Bonität. Die Gebäude befinden sich in einem guten baulichen Zustande. Der Eintritt kann zum Herbst 1919 erfolgen. Käufer ladet ein

Hermann Bröring.

Behta i. O. den 16. Juni 1919.

### Süddolb. Pferdezüchter-Verband.

Laut amtlicher Bekanntmachung der Pferdezüchungs-Kommission finden im Bereiche des süddolbigen Zuchtgebietes die diesjährigen Stuten- und Füllenschauen an den Tagen vom 7. bis einschließl. 16. Juli, statt. Die Anmeldung der zur Konkurrenz um Prämien vorzuziehenden Stuten, Enten und Füllen muß bis spätestens zum 25. Juni bei der Geschäftsstelle der Pferdezüchungs-Kommission in Oldenburg erfolgen. Diese Anmeldung muß enthalten:

- a. Namen und Wohnort des Besitzers und den Namen des Vorführungsplatzes,
- b. Geschlecht, Alter (Geburtsjahr), Farbe und Abzeichen der Tiere,
- c. deren Abstammung unter Angabe der Stutbuchnummer der eingetragenen Mutter.

Die dreijährigen und älteren Stuten, die nur zur Aufnahme ins Stutbuch vorgeführt werden sollen, sind für den Katalog nicht mit anzumelden. Die Termine sind wie folgt anzuwenden:

Am Montag, 7. Juli, vorm. 8 Uhr zu Guntlofen und nachm. 3 Uhr zu Sandtrug; Dienstag, 8. Juli, vorm. 10 Uhr zu Ganderkeste; Mittwoch, 9. Juli, vorm. 8 Uhr zu Enten; Donnerstag, 10. Juli, vorm. 8 Uhr zu Cloppenburg; Freitag, 11. Juli, vorm. 8 Uhr zu Cappel und nachm. 4.30 Uhr zu Damme; Dienstag, 15. Juli, vorm. 8 Uhr zu Cappel; Mittwoch, 16. Juli, nachm. 2.30 Uhr in Behta Prämienverteilung.

In sämtlichen Vorführungsstellen finden nach Schluß der Schauen gleichzeitig die Beschäftigungen der Füllen von den 4 bezw. 5-jährigen hingelien „Eton“, „Siegmar“, „Emiluss“, „Gironde“ und „Delf“ statt. Für diese Beschäftigungen sind ferner noch folgende Termine vorgegeben:

Am Dienstag, 8. Juli, nachm. 5 Uhr in Wildeshausen am Bahnhof; Mittwoch, 9. Juli, nachm. 4 Uhr in Cappel und Dienstag, 15. Juli, nachm. 4 Uhr in Calveslage.

Bemert wird noch, daß die Besitzer, die von den genannten hingelien, Füllen und Enten vorzuführen haben, besondere Mitteilung erhalten.

Oldenburg, 16. 6. 19. J. A. Runge, Sekretär.

### Großer Immobil-Verkauf.

3. Ausschlag mit Zuschlagserteilung. Königen i. Oldb. Die Witwe des Forstmeisters Jgnaz Weidemann in Dintlage und Forstmeisters Clemens Weidemann in Wissen lassen

am Donnerstag, dem 28. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr, in der Wirtschaft A. Ranfing in Königen ihre sämtlichen in Königen i. Oldb. belegenen

### Immobilien,

bestehend aus: einem Wohnhause, 2 Mietshäusern, sowie 16,17,22 ha Acker-, Wiesen- und Weidelandstücken,

öffentlich meistbietend parzelleneiselt und im ganzen zum 3. und letzten Male zum Verkauf auflegen.

Die Gebäude befinden sich in fabelhaftem Zustande. Die Ländereien und Wiesen sind allerbesten Bonität. Sämtliche Grundstücke liegen in unmittelbarer Nähe des Ortes Königen, davon 3,4514 ha Wiesen und 4,0028 ha Ackerland in einem Komplex beim Hauje. Ein großer Teil des Kaufpreises kann stehen bleiben.

In diesem Termine wird der Zuschlag erteilt. Weitere Auskunft erteilen der Auktionator Jos. Felhaus in Königen und der Unterzeichnete. Esen i. O., 1919, Juni 4.

B. Diekmann, amtl. Auktionator.

### Mobilarverkauf.

Am Freitag, dem 20. Juni d. Js., nachmittags 5 Uhr läßt v. Zagemann in Dintlage am Bahnhof:

eine Plüschgarnitur rot, Sofa und 4 Stühle, 1 Spiegel mit Schrank, 1 Sofa, 1 Plüschstuhl, 1 Küchenschiff, Eimerchränke, 2 Sanduhnhalter, 2 Rohrstühle, 3 Küchenschiffe, Waschtisch, Bücherbörse, Dorte mit Küchenfach, mehrere Borten, Sortenschüssel, Waschtisch, Bilder, Knabenpielachen, elektr. Eisenbahn, Weisfadaten etc., Oestanne, Fauchschiff, Blechwanne, Waschtisch, Eimer, Gardederhalter, Käuser, Hängelampe, Petroleumocher, Fahrrad mit Gummi, Mischeimer, Feuerrohr, 4 große Bücher des allgem. und praktischen Wissen und sonstige Sachen wegen Platzmangels öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Genannte Sachen sind sehr gut erhalten. Käufer ladet freundlichst ein

Dintlage, den 16. Juni 1919.

J. Diekmann.

### Gras-Verkauf.

Am Montag, 23. Juni, 2 Uhr nachm. anfangend, läßt Kolon Anollenberg zu Neuentirchen das

Gras in der Brennriede, an der Neuentirchen-Holdorfer Grenze gelegen, öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Käufer ladet ein

Neuentirchen i. O. B. Wöbkenberg.

### Kleinbahn Vechna-Cloppenburg.

Aus Anlaß des Pferderennens in Cloppenburg am 22. d. Mts. wird der Sonntagszug 3a (Behta-Schwichteler) an diesem Tage bis Cloppenburg durchgefahren wie folgt:

Ab Behta 12<sup>10</sup>, ab Daren 12<sup>25</sup>, ab Dalm 12<sup>40</sup>, ab Behtup 12<sup>45</sup>, ab Schwichteler 12<sup>50</sup>, ab Cappel 1<sup>10</sup>, ab Enkfel 1<sup>15</sup>, an Cloppenburg 1<sup>30</sup>. Der Zug 4a (Schwichteler-Behta) verkehrt wie folgt: ab Cloppenburg 1<sup>10</sup>, ab Enkfel 2<sup>10</sup>, ab Cappel 2<sup>15</sup>, ab Schwichteler 2<sup>20</sup>, ab Behtup 2<sup>25</sup>, ab Dalm 2<sup>30</sup>, ab Daren 2<sup>45</sup>, an Behta 2<sup>55</sup>. Der Zug 6, ab Cloppenburg 9<sup>05</sup> abends, fährt von allen Stationen 1/2 Stunde später ab, mitfin ab Cloppenburg 9<sup>25</sup>, an Behta 10<sup>00</sup>.

Betriebsleitung.

### Verkauf einer Landstelle.

3. Ausschlag mit Zuschlagserteilung. Landwirt Hermann Wilmmering in Königen i. O. läßt am

Dienstag, dem 24. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr, in der Wirtschaft A. Ranfing in Königen seine bei Königen belegene

### Landstelle,

bestehend aus: a) einem großen geräumigen Wohnhause, b) 7,3930 ha Ackerland, c) 9,5519 Wiesen und Weiden, d) 1,0227 Laubholz, e) 1,1469 unult. Ländereien, öffentlich meistbietend parzelleneiselt und im ganzen zum 3. und letzten Male zum Verkauf auflegen.

Die Grundstücke sind besser Bonität und in einem sehr guten Kulturzustande. Sie liegen sämtlich in einem Komplex zusammen beim Hauje und sind deshalb außerordentlich leicht zu bewirtschaften.

Die Bestung ist etwa 1/2 Stunde von Königen und nahe der Chaussee gelegen. Auf Wunsch kann der größte Teil der Kaufsumme stehen bleiben.

In diesem Termine wird der Zuschlag erteilt. Weitere Auskunft erteilen der Auktionator Jos. Felhaus in Königen und der Unterzeichnete. Esen i. O., 1919 Juni 17.

B. Diekmann, amtl. Auktionator.

Am Freitag dem 20. Juni, abends 8 Uhr werde ich für Kaufm. Hintzschmeyer ca. 5 Sch.-S. bestes, gedüngtes

### Gras

in Falkenrodt verkaufen. Versammlung bei Jos. Felhaus. Herm. Bröring, Aukt.

Behta, 17. Juni 1919.

Gelegentlich des Möbel-Verkaufs bei Wirt Niedeze in Langförden am 20. Juni 1919, nachmittags 2 Uhr, gelangt ein fast neuer, guterhaltener Kutschwagen

mit zum Verkauf. Käufer ladet ein

Behta. S. Menke.

### Auktion.

Weil der Besitzer im Kriege gefallen, wird am Montag, 23. Juni, vorm. 10 Uhr, am Bahnhof in Rohne i. O. eine

### Mühleneinrichtung

versteigert, bestehend aus: 3 Mahlgängen, 140-155 cm, mit Vorgelege und Winkelantriebsrädern, Glodenformrädern, einer Welle 6,30 m, 95 mm Durchmesser mit 3 Ring-schmierlagern, 3 Spindeln, 2 Büten, einem Flächengang mit Laufstabe, 1 Kornelaborator, 9 m lang, 17 m Wirt, 100 Becher, 170 mm breit, 1 Mehlelaborator, 4 m lang, 130 mm breit, für 2 Gänge schaffend, einer dazu gehörigen Mehltransportvorrichtung mit 2 Erg. 5 m lang, 170 mm Durchmesser, 3 Riemscheiben, 3 Lagern, 3 Getreideantriebsrädern, 3 Mittellagern, 3 Lagern, drei Geschwindern, Wischschneidholz, 250 mm Durchmesser, 4 eckig, 1 Scharfrichtung mit Durrrohrdurchführung, 1 Riemenspanner für 500 mm Riemen, 2 Ring-schmierlager, Weichmetall, 80 mm Bohrung, 1 Vorgelege, 3 m lang, mit 3 Ring-schmierlagern, Welle 50 mm, 4 ärmteilt, eis. Riemscheiben, 1000/230 mm, 1500/420 mm, 2800/240 mm, 5 ärmteilt. hölz. Riemenstehen, 250-1200 mm Durchmesser.

Die Mühle hat Anschlußgleis auf Bahnh. Rohne i. Oldb.

Die Anlage hat ein halbes Jahr gelaufen. Beschäftigung jederzeit hier am Plage. Abmontage zu Käufers Lasten.

Lohne i. O. B. Zerhusen.

### Für Volkereien.

### Butter-Salz

Salinen-Siedesalz, extra fein u. rein, empfiehlt

Vechna. D. Schröder.

**Tanzunterricht in Damme!**  
Die nächsten Übungen sind erst am 27. Juni, dieselbe Zeit.  
Gebr. Wienhoff.

**Witwen-Bund.**  
Zweits Gründung einer Ortsgruppe werden die Witwen Behtas zu einer Zusammenkunft am Freitag, dem 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr in Melchers Saal eingeladen.  
K. F. D. (Zweigverein Behta).

**Langförden.**  
Geflügel- und Kaninchen-Abnahme in Langförden am Freitag, dem 20. Juni, von 9-4 Uhr bei Wirt Dalmeyer.  
Behta. Franz Suerdied.

Reparaturen von Nähmaschinen  
(aller Systeme) werden schnellstens sachgemäß ausgeführt.  
Franz Thole, Lohne, Schlosserei, Mechanische Werkstatt.

**Ladung Geflügelstall**  
(Muscheln) angekommen, die billigst abgeben. Sade mitbringen. Bahndorf prompt.  
Bernh. Lening, Holdorf i. Old.

Von heute an beträgt das Deckerlohn für Eber 10 Mark.  
Die Überhalter der Samen Diebel

In doppelt gereinigter Seradella sowie Klee- u. Grassamen.  
D. Schröder, Behta und Schneiderfrug.

**Immobil-Verkauf.**  
Im Auftrage habe ich eine schöne, reichlich 12 ha große, etwa 5 Kilometer von Bahnhstation entfernt belegene  
**Landstelle**  
mit baldigem Antritt unter der Hand preiswert zu verkaufen. Auf Wunsch des Käufers können lebendes und totes Inventar und die ausstehenden Forderungen übernommen werden.  
Kaufliebhaber erhalten unentgeltlich nähere Auskunft und wollen sich baldigst an mich wenden.  
Cloppenburg. B. Coldewey, Auktionator.

**Sämtliche Formulare für Schulen:**  
Aufnahme- und Entlassungscheine, Straßlisten, Monatsverzeichnisse, Jahresverzeichnisse, Lebensverzeichnisse, Überwachungsbogen, Freilangbogen, Schülerverzeichnis, Wochenblätter.

**Empfehle zur Saat:**  
Rotklee, Ia Schwedenklee, Brinkklee, Westwoldigs Raygrass, französisches Raygrass, Timothee, Seradella, Ia doppelt gereinigt, in allerbesten Säden, Ia gelbbühende Lupinen, Spörgelamen, Rübsamen, Runkelrüben-Samen und Schalotten.

Cappeln i. O. Glemens Frieling  
Femderer Nr. 8.